

die ganzen besetzten Gebiete im Osten wurden entgegen dem Widerspruch des Beauftragten der obersten Heeresleitung geräumt, jede politische und diplomatische Verbindung mit Rußland wurde abgelehnt, das Angebot des Straßburger Soldatenrates, den bewaffneten Widerstand zu organisieren, wurde mit dem Befehl beantwortet, die Waffenstillstandsbedingungen innezuhalten. Die demokratisch pazifistische Orientierung des internationalen Finanzkapitals hatte auf der ganzen Linie über die deutsche Revolution gesiegt. Die offene Bürgerkriegssituation war gegeben: die Entente konnte sich die Mühe sparen, die noch vorhandene Kampfkraft des deutschen Volkes mit ihren Nachmitteln niederzuschlagen. Sozialdemokratische Republikaner, soeben noch von der Gnadensonne Wilhelms II. beschiene, waren

gern bereit, ihr diese Arbeit abzunehmen. Die Parole Brot, Freiheit und Frieden ersetzte jede Möglichkeit einer revolutionären Organisation der nationalen Verteidigung. Deutschland wurde zur Kolonie des Völkerbundes, während es in Waffen starre. Ein Versuch, in dieser Situation sofort die Verbindung der Revolution mit leitenden Persönlichkeiten der nationalen Bewegung herzustellen, um gegen die Katastrophenpolitik der Regierung die revolutionäre Politik auf eine feste nationale Basis zu stellen, schlug fehl. Drei Jahre sozialdemokratischer Hanswurstden sind nötig gewesen, bis nationale Gruppen und Schichten im Volk begreifen lernten, daß die revolutionären und nationalen Interessen in der gleichen Linie liegen, nachdem die Revolution sich vollzogen hatte.

Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V. Sitz Hamburg.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg, Altrahsfeld bei Hamburg, oder an den Schriftführer: Fritz Wolffsheim, Hamburg, Haffelbrookstraße 16, I. Etg.

Freunde, werbt für den Volkswart!

Zahlungen für den „Hamburger Volkswart“ werden erbeten unter: „Hamburger Kulturverlag“
Postcheckkonto 59871 Hamburg.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahsfeld.
Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.
Druck: Heinr. Koch, Altrahsfeld.

Hamburger Volkswart

Parteilose Halbmonatsschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Nr. 9 und 10 vom 22. Dezember

1921

Inhalt:

Washington und die deutsche Politik.
August Winnig.
Grundsätzliches zur kommenden Umgestaltung.
Wie kommen wir aus dem Chaos?
Paul Levi auf dem Wege zum Ziel.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

Bezugspreis ab 1. Januar: Vierteljährlich Mk. 10.—
Bei betriebsweisem Bezug ab 5 Exemplaren Mk. 8.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 2.—

Washington und die deutsche Politik.

Der nachfolgende Artikel war geschrieben und in Druck gegeben, als die Nachricht eintraf, daß die deutschen Reichsregierer dem Völkerbunde mitgeteilt haben, daß sie die nächsten fälligen Zahlungen auf die Kriegsschuld nicht leisten können. Die Meldung bekräftigt nur in bedeutender Weise den Inhalt des Artikels.

L. u. W. Die moralische Offensive Nordamerikas, als die sich die Abrüstungskonferenz von Washington darstellt, hat zunächst mit einer Abweisung durch Japan und Frankreich geendet. Die Abrüstungspläne der Vereinigten Staaten sind nicht zur Annahme gelangt. Dagegen wurde ein Vier-Mächte-Abkommen geschlossen, das den Konfliktstoff im Stillen Ozean meistern soll. Das englisch-japanische Bündnis erlischt; Frankreich und Nordamerika treten neben England und Japan zu dem genannten Abkommen zusammen. Sie verpflichten sich gegenseitig, ihre Rechte an den Inseln und Territorien im Stillen Ozean zu achten. In Streitfällen, die sich nicht auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise lösen lassen, sollen die Mächte und die etwa sonst noch in Mitleidenschaft gezogenen Länder zu einer Konferenz zusammentreten, um die Frage zu prüfen und zu regeln. Gegenüber Mächten, die an dem Abkommen nicht beteiligt sind, ist von Fall zu Fall ein gemeinsames oder nach festgelegten Richtlinien gesondertes Vorgehen beabsichtigt. Das Abkommen unterliegt noch der Ratifikation durch die Volksvertretungen und ist zunächst auf die Dauer von 10 Jahren berechnet.

Obwohl die Konflikte im Stillen Ozean sehr wesentlich die Selbständigkeit Chinas berühren, die gegenüber japanischen Ansprüchen von Nordamerika recht deutlich unterstrichen wurde, ist China selbst an dem Abkommen nicht beteiligt. Für Europa hat das Abkommen die Wirkung, daß Italien automatisch zur Großmacht zweiten Ranges dadurch herabgedrückt wird, daß es von dem Abkommen ausgeschlossen ist, während es sich im Völkerbunde befindet. Bedeutet schon diese Tatsache eine Stärkung der französischen Politik in Europa, so wird diese Stärkung noch dadurch gesteigert, daß Frankreich zum ersten Male für die Fragen des Stillen Ozeans entscheidende Stimme erhält. Wie wir im vorigen „Volksmarkt“ in dem Aufsatz „Asien gegen Amerika“ ausgesprochen, ist in den ostasiatischen Interessengegenständen die englische Politik an Nordamerika, die franzö-

sische an Japan gebunden. Die englische Politik ergibt sich aus der Erwägung, daß ein japanischer Sieg die ganze englische Kolonialmacht zertrümmern würde. Für Frankreich würde in einem japanisch-amerikanischen Krieg der englisch-amerikanische Sieg das Ende aller Hoffnungen sein, die es auf seine osteuropäisch-vorderasiatische Politik setzt, und die Rückwirkung auf seine Stellung an Donau und Rhein wäre unausbleiblich. Ein Sieg Japans dagegen würde die europäische und afrikanische Stellung Frankreichs sofort gewaltig stärken, ohne seine vorderasiatischen Interessen zunächst zu schmälern. Hieraus ergibt sich, daß Frankreich als der natürliche Gegenspieler Japans auf dem europäischen Kontinente erscheint. Sein Beitritt zum Abkommen der Mächte befreit Japan aus der weltpolitischen Isolierung, in die es sonst durch die Lösung seines Bündnisses mit England gekommen wäre, und ist deshalb ein Erfolg der japanischen Diplomatie gegenüber England und Amerika. Nur die Rückenbedeckung, die Japan durch Frankreich erfährt, hat es der japanischen Politik ermöglicht, die amerikanischen Vorschläge zu übertrumpfen und die konkreten Abrüstungsvorschläge durch eine scheinbar umfassende Regelung strittiger territorialer Fragen im Wege von Konferenzen zu ersetzen. Aus den Gründen, die wir im vorigen Aufsatz auseinandersetzen, lag es im Interesse Amerikas, entweder die Abrüstung oder den Ausbruch des Konfliktes zu beschleunigen, während Japan alles daran gelegen sein mußte, Zeit zu gewinnen. Die beschlossene Bindung der gegenseitigen Interessen auf 10 Jahre und das Zurückgreifen auf neue Konferenzen ist deshalb ein weiterer Erfolg der japanischen Diplomatie, der um so höher einzuschätzen ist, als Japan in der Praxis für seine wirtschaftlichen Ziele freie Hand in China und der Mandschurei behält.

So wenig das bei Ausbruch des ersten Weltkrieges vor dem Abschluß stehende englisch-deutsche Abkommen über die Bagdadbahn den Krieg verhindern konnte, so wenig kann auch die geschickteste Diplomatie die sich kreuzenden Lebensinteressen imperialistischer Staaten im Stillen Ozean besettigen. Im ersten Kriege lag aus politischen Gründen der Hauptkriegsschauplatz im Osten und Vorderasien, während strategische und politische Denkfehler der deutschen Kriegführung und Staatsleitung das Schwergewicht der Kämpfe in die Westfront verlegten,

die aus weltpolitischen Gründen nur Nebenkriegsschauplatz war, sofern es sich um Deutschlands Sieg über England handelte. Da Japan sich über die Nebenrolle des europäischen Kontinentes für den kommenden Krieg völlig klar ist, läßt es sich mit seiner Politik wohl vereinigen, auf dem östlichen Hauptkriegsschauplatz die Entwicklung der Kämpfe zu verzögern, in Europa aber inzwischen die eigene Position dadurch zu stärken, daß es Frankreichs aggressive Haltung gegen England stützt, um so von vornherein die englische Absicht zu verhindern, sich Deutschland als Waffenschmiede für den kommenden Krieg zu reservieren.

So erscheint es als eine unmittelbare Rückwirkung der japanisch-französischen Politik in Washington, wenn Frankreich jetzt das beabsichtigte Wirtschafts-Abkommen zwischen England und Deutschland verhindert und das von England gewünschte Moratorium brüsk ablehnt, sodaß die aus dem Londoner Finanzdikta sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen am 15. Januar und 15. Februar von Deutschland geleistet werden müssen. Dagegen arbeitet Frankreich auf eine internationale Anleihe für Deutschland hin, die in erster Linie Frankreichs Geldansprüche an Deutschland befriedigen soll, während das französisch-deutsche Sonderabkommen von Wiesbaden in Kraft bleibt. Als Garantie für eine solche Anleihe sollen die deutschen Zolleinnahmen dienen, die unter französische Kontrolle kommen würden, womit jede politische Selbständigkeit Deutschlands illusorisch wird, solange dieser Zustand besteht, zumal darüber hinaus das Recht Frankreichs auf Besetzung weiterer deutschen Gebiete aus der Zollkontrolle bei Unerfüllbarkeit der übernommenen Verpflichtungen jeden Augenblick hergeleitet werden kann. Ein weiteres Zugeständnis an die französische Politik wäre es, wenn England, nach den Meldungen französischer und amerikanischer Blätter für seine Rechnung in großem Umfange Naturalieferungen akzeptiert und zur Deckung der französischen Forderungen deutsche Reparationsschuldverschreibungen übernehmen will. Im Hintergrund steht dabei für England die Absicht, englisches Kapital und englische industrielle Persönlichkeitlichkeiten in erheblichem Maße an der deutschen Industrie zu beteiligen, um die ganze deutsche Industrie mehr oder weniger unter englische Kontrolle zu bringen. Das englische Ziel der Dienstbarmachung der deutschen Industrie im Kriegsfalle kann jedoch bei allen wirtschaftlichen Vorteilen, die England noch aus seiner Politik ziehen mag, nicht verwirklicht werden, solange die französische Stellung

an Rhein und Donau noch durch die Unterstellung der deutschen Zolleinnahmen unter französische Kontrolle verfestigt wird. Wohl aber wird die französische Absicht, an England auf Kosten Deutschlands eine reine Expressepolitik zu betreiben, durch die englische Nachgiebigkeit, wie sie schon in der Preisgabe des Wirtschaftsabkommens und des Moratoriums liegt, nur gefördert, während sie ihre ausschlaggebende Unterstützung erhält durch den neuesten sozialdemokratischen Agitationsrummel der Erfassung der Goldwerte, der nichts anderes ist als der Versuch, auch die letzten deutschen Werte dem imperialistischen Ausland zu überantworten.

In Deutschland kämpfen indessen zwei kapitalistische Gruppen um ihre Befestigung in der Macht. Die Herren Rathenau & Co. suchen im Bunde mit der deutschen Reichsregierung und der ganzen internationalen Finanzdemokratie die deutsche Wirtschaft an Frankreich auszuliefern, um auf dem Wege über den Pariser Rothschäld in Gnaden dem Völkerbund einverleibt zu werden. Der andere Teil wünscht unter Stinnes' Führung das deutsche Industriekapital als geschlossenes Ganzes zu erhalten, sei es auch um den Preis, daß es als Ganzes unter englischer Industriekontrolle dem anglo-amerikanischen Trustsystem eingegliedert wird. Durch die Nachgiebigkeit Englands gegenüber den französischen Raubansprüchen ist die Politik des Herrn Stinnes, der die englisch-französischen Gegensätze wider einander auszuspielen gedachte, in dem Augenblick überholt, als mit dem Ergebnis von Washington die französisch-japanische Politik durchgedrungen war. Aber selbst wenn die Stinnes-Politik sich hätte durchsetzen lassen, und selbst im Falle eines amerikanisch-japanischen Krieges, würde im günstigsten Falle das Resultat dieser Politik nur in der Revision des Friedens von Versailles im Westen bestanden haben, während für den Osten sowohl Frankreich wie England gegebenen Falles im Bunde mit Rußland jede Machterweiterung Deutschlands im Osten zu verhindern wissen würden. Da aber Deutschland nur von Osten wieder aufgebaut werden kann, weil nur nach Osten sich das Schwerkendicht seiner kulturellen Ueberlegenheit voll auswirken kann und nur im Osten der erste Krieg für Deutschland siegreich entschieden war, ergibt sich hieraus, daß die Stinnes-Politik zu einer wirklichen Lösung der deutschen Frage unter den gegebenen Weltzusammenhängen überhaupt nicht fähig ist, ganz abgesehen davon, daß jede Unterstützung des anglo-amerikanischen

Staatenystems im kommenden Krieg die ganze asiatische und afrikanische Welt mit ihren aufkommenden nationalen Bewegungen feindlich gegen Deutschland stellen.

Die heutige Reichsregierung wird zunächst beglückt die in Aussicht stehende Anleihe als einen Erfolg ihrer Staatsweisheit verbuchen, zumal sie der nächsten drohenden Schwierigkeiten im Innern dadurch bis zu einem gewissen Grade Herr werden kann. Die mit der Anleihe verbundene Stärkung des französischen Einflusses in Europa und in Deutschland selbst macht diese pazifistische Regierung der unbedingten Erfüllung indessen zu immer getreueren Lakaien und immer ergebeneren Anbetern des französischen Militärstiefels. Mit ihrer Politik der Erfüllung verlegt sie jedoch von Woche zu Woche mehr die Lebensinteressen des ganzen Volkes und in ihm gerade der arbeitenden Schichten des Bürgertums. Für die eigentliche Arbeiterklasse trägt das Lohnverhältnis noch den Blick für wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten einer nationalen Politik; die arbeitenden Schichten des Bürgertums aber werden durch diese von der Regierung praktizierte Politik unmittelbar in den Abgrund hineingestoßen, während Bankiers, Börsengangener, Schieber, Wucherer, sozialdemokratische Bonzen und andere Krippenreiter die einzigen sind, die davon den Vorteil haben. Die Gemeinamkeit des Vorteils aller schmarozgenden Schichten führt mit Notwendigkeit zur sogenannten „reinen Arbeiterregierung“, die die schlimmste Form einer Schmarozterregierung über das arbeitende Volk ist.

Hinter dieser ganzen Entwicklung aber steht die Revolution nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Welt. Und gerade ein in den imperialistischen Interessenkreuzungen wurzelnder Krieg würde sie in der ganzen Welt

zur vollen Entfaltung bringen. So lange die Ueberbrückung der Gegensätze auf dem Welttheater noch möglich erscheint, erfährt infolge des Trägheitsgesetzes der internationale Pazifismus eine natürliche politische und wirtschaftliche Stärkung und er wird sich ausbreiten bis in seine letzten und verfaultesten Konsequenzen. Für Deutschland ist seine letzte Zuflucht die famose „reine Arbeiterregierung“, deren Kommen unaufhaltbar sich ankündigt. Nicht sie zu verhindern, sondern sie abzulösen, durch den Aufstand des Volkes wider seine Schlächter und Henker, wenn die Zeit dafür da ist, ist die Aufgabe der revolutionären und der nationalen deutschen Politik.

Als nach der Schlacht von Wagram Österreich niedergeworfen war, erschien die Stellung des ersten Napoleon in Europa und Deutschland fest, unangreifbar und nach menschlichem Ermessen für alle Zeiten gesichert. Nur oberflächlicher Betrachtung konnte indessen verborgen bleiben, daß gerade seine militärische Stärke in Wechselwirkung mit wirtschaftlichen Lebensinteressen aller Völker und der von ihm betriebenen Raub- und Erpreßpolitik die Mächte und Kräfte ins Leben rief, die seinen Untergang herbeigeführt haben. Teilkaktionen, wie Schill und Dörnberg sie in jenen Tagen unternahmen, waren zum Mißerfolg verurteilt, während mit der spanischen Volkshebung selbst der auf dem Höhepunkt seiner Macht stehende Kaiser niemals fertig wurde. Der Freiherr vom Stein war politisch geschult genug, um zu wissen, daß die vornehmste Kunst in der Politik darin besteht, warten zu können, und daß in den Fragen des Lebens und Sterbens der Völker immer die Völker selbst es sind, die auf die Bühne der Geschichte treten.

August Winnig.

L. In der letzten Nummer des „Volkswart“ war angekündigt, daß wir uns genötigt sähen, noch einmal die Spalten unseres Blattes zur Kennzeichnung des derzeitigen Oberpräsidenten z. D. von Ostpreußen, des Herrn August Winnig, in Anspruch zu nehmen. Nachdem dieser Herr Wert darauf gelegt hat, daß nicht nur sein politisches Verhalten, sondern auch seine persönliche Ehrenhaftigkeit unter die kritische Lupe genommen wird, soll dem Nachweis,

den wir in unserer Darstellung der Geheimorganisation des Rapp-Butsches erbrachten, daß dieser am Volke schmarozende sozialdemokratische Parteigenosse einer der abgefeimtesten politischen Schurken ist, der Nachweis folgen, daß er seinen persönlichen und moralischen Qualitäten nach zu den widerwärtigsten Sumpfschlammgehörten, die auf dem Morast der abgleitenden Revolution in die Leitung der neudeutschen Schieber- und Gaunerrepublik hineingebrängt worden sind.

Herr August Winnig hätte jedoch vor seinem denkwürdigen Aufstieg nicht der kleine Hamburger Gewerkschaftsbonze sein dürfen, der er war, wenn er nicht in der Verkommenheit seiner politischen und persönlichen Methoden das ganze System repräsentieren sollte, dem diese Parvenü-Natur ihre kurze Libertiner-Herrlichkeit verdankt. Jene Schicht der „Gesellschaft“ freilich, die diesen ihr als brauchbar erscheinenden jungen Mann ihrem Klubstessel- und Reitstall-Milieu einverleibte, hat ihren Geschmack und ihre Instinkte damit deutlich offenbart.

Jeder Leser des „Volkswart“ erinnert sich der präzisen Angaben über die Tätigkeit Winnigs bei der Vorbereitung des Rapp-Butsches. Winnig antwortet darauf in seiner Weise. Er behauptet: Laufenberg sei geisteskrank, das beweise der Stil der von ihm verfaßten Parteigeschichte; Laufenberg habe ihm die Korrekturen seines Buches über den politischen Streik zur Ueberarbeitung gegeben, was er hätte ablehnen müssen, weil er mit der Tendenz der Schrift nicht einverstanden gewesen sei; die Hamburger Arbeiter nennen Laufenberg überkandidelt; ein Parteiverfahren unter dem Vorhitz Winnigs sei für Laufenberg sehr übel ausgelaufen, hätte phantastisches Lügen, sinnlosen Argwohn und andere Sonderbarkeiten erwiesen; Wolffheim hätte sich zur Mitarbeit an dem von Winnig geleiteten „Grundstein“ erbötet, Winnig hätte abgelehnt, weil ihm Wolffheims Gesicht genügt hätte; Scheidemann behaupte, vom Atlantik bis zum Pazifik stänke es in Amerika nach Wolffheim. Es würde schwer sein, einem Zweiten begrifflich zu machen, wie fabelhaft frech der läge.

Diese u. a. ihm vorgebrachten Gegenargumente beweisen nur die vollendete Hilflosigkeit und kindische Verlegenheit des in die Enge getriebenen Burschen, der nicht den Mut hat, zu seinen Taten zu stehen. Wir haben unsere Darstellung dem Oberreichsanwalt bei Beginn der Verhandlungen gegen v. Jagow und Genossen durch eingeschriebenen Brief zugesandt mit dem Anheimgen, sich ihrer zu bedienen. Wir wiederholen hier nochmals, daß wir die Darstellung in allen Punkten unverändert erhalten. Sache des Oberreichsanwaltes ist es, unsere Angaben nachzuprüfen.

Was die einzelnen Behauptungen Winnigs angeht, so ist es zwar nicht angenehm, aber notwendig, sie Punkt für Punkt zu beantworten, weil aus der Darstellung sich ergeben wird, daß Winnig auch hier wider besseres Wissen lügt, fälscht und verleumdete. Alle sozialdemokratischen Instanzen in Hamburg wissen, daß die amerikanische

Tätigkeit Wolffheims darin bestand, daß er von Juni 1910 bis Juni 1913 teils in New York und teils in San Francisco propagandistisch und publizistisch für die Socialist Party tätig war und zwar im Sinne des äußersten linken Flügelis der damaligen sozialistischen Gesamtbewegung. Die sozialdemokratischen Instanzen wissen ferner, daß Wolffheim, als er aus Amerika kam, sich als freier Schriftsteller in Hamburg niederließ und den Organen der Arbeiterbewegung seine publizistische Mitarbeit zur Verfügung stellte, wie er auch sogleich innerhalb der sozialdemokratischen Partei in Hamburg propagandistisch auftrat. Herrn Winnig, dessen nichtsagende Physiognomie ihm nicht in Erinnerung geblieben, lernte er zufällig im Sekretariat des Bildungswesens kennen, wo der Sekretär Hans Birckholz beide miteinander bekannt machte. Herr Winnig, der sehr liebenswürdig tat, machte auf eine Schrift Legiens über die amerikanische Arbeiterbewegung aufmerksam, die soeben erschienen war und die er ausgezeichnet fand. Wolffheim antwortete hierauf, daß die Schrift genau so gut sei, wie sie sein könne, wenn sie von einem Manne stamme, der sechs Wochen lang im Schnellzuge durch Amerika gefahren und auf Grund seiner dabei gesammelten Erfahrungen über die dortigen Verhältnisse urteile. Dies war das erste und letzte Gespräch, das Wolffheim mit Herrn Winnig gehabt hat.

Was Laufenbergs und Wolffheims „Geisteskrankheit“ anbetrifft, so genügt der Hinweis auf die zahlreichen kriegsgerichtlichen Verhaftungen und Verurteilungen auf Grund ihrer politischen Tätigkeit, um diese Behauptung in ihrer ganzen Schönheit zu kennzeichnen. Daß die von Laufenberg verfaßte Geschichte der Hamburger Sozialdemokratie den Instanzen nicht genehm war, läßt sich leicht daraus erklären, daß es eine Geschichte der Massenbewegung ist, und zwar die einzige bisher erschienene, nicht aber eine Verherrlichung der Partei- und Gewerkschaftsführer, worauf die Hamburger Instanzen gerechnet hatten. Die Art der Darstellung in diesem Werk mußte ihnen um so mehr politisch unbequem sein, als sie sich gerade ansichtigten, die Rechte der Organisationen vollends abzuwürgen, um sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse in jene diktatorische Postur zu stellen, von der aus sie dann im November 1918 den konzentrischen Sturm auf die öffentlichen Futterkrippen in Reich, Staat und Gemeinde unternahmen — übrigens der einzige konzentrische Angriff, an dem sie jemals beteiligt waren. Möglich, daß vom Standpunkt dieser Krippenreiter aus gesehen ein Mann als geisteskrank erscheinen muß, der es verabsäumte, sich recht-

zeitig in die Kolonnen der zur Eroberung der Futterkruppe Antretenden einzugliedern.

Von dem Buche „Der politische Streik“ hat Winnig die Druckabzüge eines einzigen Kapitels zur Durchsicht erhalten, und zwar, um festzustellen, ob in der Darstellung über gewerkschaftliche Kämpfe in Deutschland Unrichtigkeiten in den Einzelheiten unterlaufen seien. Es spricht lediglich für die wissenschaftliche Gründlichkeit, mit der der Verfasser an seine Aufgaben heranzugehen pflegte, wenn er vor der Drucklegung eine sorgfältige Ueberprüfung der Einzelheiten auf Sachgebieten vornehmen ließ. Daß auch dieses Buch den Bonzen nicht zusagte, ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß sehr wesentliche Punkte unserer späteren Kriegs- und Revolutionspolitik schon in dieser Schrift enthalten waren. Gleichwohl hat Herr August Winnig das Buch im Hamburger Echo Nr. 81 vom 5. April 1914 an der Spitze der Beilage recht anerkennend besprochen. Die darin enthaltene Darstellung der russischen Revolution von 1905—1907 bezeichnet er beispielsweise als „das Beste, was bisher in deutscher Sprache darüber geschrieben worden“. Auch für die übrigen Kapitel hatte er nur verbindliche Gesen, wie denn überhaupt das „Echo“, für das damals Wolffheim monatlich mehrere Artikel schrieb, Wert darauf legte, nach außen hin keinerlei Differenz zwischen sich und uns in Erscheinung treten zu lassen. Der Konflikt kam nicht aus persönlichen Gründen zum Ausbruch, sondern einzig und allein wegen der Haltung des Hamburger Echo und der sozialdemokratischen Parteinstanzen zum Krieg.

Das „Parteiverfahren“, auf das sich Winnig bezieht und das er schamhaft nur andeutet, hatte für Laufenberg durchaus keinen üblen Ausgang. Die „Hamburger Freunde“ innerhalb der Sozialdemokratie, auf die Winnig anspielt und die ihren Organisationsmittelpunkt im Hamburger Echo haben, werden wenig davon erbaut sein, daß wiederum die Tolpatschigkeit ihres famosen August uns nötig, Dinge zu veröffentlichen, die gerade im Interesse sozialdemokratischer Größen besser verborgen geblieben wären. Das „Parteiverfahren“ ist nämlich eine Untersuchung auf der folgenden Grundlage gewesen: Es bestand in Hamburg das Arbeiter-Bildungswesen, an dem sich etwa ein Duzend Hamburger Lehrer beteiligten. Die Namen der Beteiligten mußten vor der Öffentlichkeit möglichst geheim gehalten werden, weil die Bürgervereine und die bürgerliche Presse gegen diese Betätigung der Lehrer Sturm ließen. Nach dem sozialdemokratischen Wahlsiege von

1912 wurde die Situation besonders kritisch. In dieser kritischen Situation begann nun der Lehrer Johannes Schult ostentativ seine Tätigkeit innerhalb des Arbeiterbildungswesens vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Vorsitzender der Lehrerkonferenz des Bildungswesens war Laufenberg. In dieser Eigenschaft wurde ihm mitgeteilt, daß Schult sich geäußert habe, daß er die Gefahr der Maßregelung als Volksschullehrer zwar erkenne, daß er aber von einer etwaigen Maßregelung keine Nachteile zu befürchten habe, weil dann ja die Partei verpflichtet sei, ihn anzustellen. Und weniger als 4000—4500 Mk. jährlich würde sie ihm nicht anbieten können. Daraus ergab sich die Gefahr der Maßregelung für sämtliche Lehrer, und die Partei hätte sich vor der Notwendigkeit gesehen, für fast ein Duzend Lehrer die Existenzmittel herzugeben. Pflichtgemäß brachte Laufenberg die Angelegenheit in der für die Leitung des Bildungswesens bestellten Unterrichtskommission zur Sprache, die daraufhin einstimmig beschloß, daß Schult sich vorläufig von seiner Unterrichtstätigkeit für das Arbeiterbildungswesen zurückziehen habe. Als Schult dies mitgeteilt wurde, geriet er in große Erregung und drohte mit dem Rücktritt sämtlicher Lehrer. Daraufhin bestätigte die oberste Instanz für das Bildungswesen, die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen im Städtegebiet, den Beschluß der Unterrichtskommission.

Einige Monate später, als Laufenberg die Neuwahl zum Vorsitzenden der Lehrerkonferenz nicht wieder angenommen hatte, holten die von dem verärgerten Schult mobil gemachten Lehrer in Verbindung mit ihren Freunden in der Echo-Redaktion zu einem neuen Vorstoß aus. Aus der sachlichen Differenz wurde ein persönlicher Streit zwischen Laufenberg und Schult gemacht; die Lehrer verlangten in einer Sitzung, die am 21. Juni 1913 unter dem Vorsitz Carl Henjes im Gewerkschaftshaus stattfand, daß der Lehrerkonferenz in der Zentralkommission unmittelbar eine Vertretung zugestanden werde, womit die kleine Gruppe der 12 Lehrer gleichberechtigt neben die Vertretungen der Massenpartei und der im Gewerkschaftskartell zusammengeschlossenen Massenorganisationen der Gewerkschaften getreten wäre. Sie verlangten ferner, daß die Organisationen nicht berechtigt seien, den für sie tätigen Lehrern Vorschriften über ihre sonstige Wirksamkeit zu machen. Dem Lehrer Schult müsse völlige Genugtuung zu teil werden, da Laufenberg die gebotene Hand zum Frieden nicht annähme. Die gleiche Sitzung beschloß, den Lehrer Schult dem Lehrkörper wieder einzugliedern. Um nun den „persönlichen Streitfall“ zwischen

Laufenberg und Schult, in den die Affaire inzwischen geschickt hineinmanövriert war, zu „schlichten“, trat unter dem Vorsitz August Winnigs jene Untersuchungskommission zusammen, auf die sich der Rappitt aus Ostpreußen in seiner Antwort beruft. Wir lassen das von ihm als Ergebnis der Verhandlungen verfaßte Protokoll wörtlich folgen. Möge der Leser entscheiden, ob und wie weit die ganze Angelegenheit für Laufenberg übel ausging, oder ob und wie weit der vereinigte sozialdemokratische Bonzenklingel berechtigt ist, in dieser Affaire ein Ruhmesblatt für sich zu sehen. Das Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Bericht der zur Untersuchung des Konflikts im Bildungswesen eingesetzten Kommission.

„Die Kommission, die Winnig zum Vorsitzenden und Kirch zum Protokollführer wählte, hielt zur Untersuchung der genannten Gegenstände sieben Sitzungen mit Auskunftspersonen und eine interne Sitzung ab. Das Ergebnis dieser Sitzungen ist in den beigefügten Protokollen niedergelegt. Auf Grund dieses Ergebnisses ist die Kommission zu folgenden Schlüssen gelangt:

Der Konflikt zwischen Laufenberg und Schult leitet sich äußerlich von dem unvorsichtigen Hervortreten des Letzteren her, hat aber, wenigstens zum Teil, noch andere Ursachen. Die Art dieser Ursachen kann aus taktischen Gründen nur mündlich dargestellt werden. Das Hervortreten von Schult, seine Tätigkeit als Referent in verschiedenen Versammlungen mit nicht kontrollierbarem Teilnehmerkreis, erschien Laufenberg als eine Gefahr für den Lehrkörper des Bildungswesens und damit für das Bildungswesen selbst. Nach Lage der Dinge mußte Laufenberg darin eine Gefahr sehen, und er mußte auch bei seiner Stellung im Bildungswesen annehmen, daß es vor allem seine Pflicht sei, dieser Gefahr vorzubeugen. Laufenberg hat darin vollständig korrekt gehandelt, wenn er diese durch Schult heraufbeschworene Gefahr in der Unterrichts- und später in der Zentralkommission vorbrachte und die Mittel zu ihrer Abwendung erörterte.

Obwohl sich die Kommission sehr bemühte, festzustellen, was für geeignete Schritte denn nun die Sitzungen dieser Körperchaften beschließen hätten, konnte darüber keine Klarheit geschaffen werden. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden, sondern man hat es mit einer Aussprache bewenden lassen. Die Kommission ist der Ansicht, daß sich Laufenberg auf Grund dieser Aussprache für berechtigt halten durfte, Schult zur Einstellung seiner Lehrtätigkeit zu veranlassen. Unklarheit

befiehl darüber, ob der Wille der Kommission auf eine dauernde oder eine nur vorübergehende Einstellung der Lehrtätigkeit gerichtet war, und wie, wenn man die Lehrtätigkeit von Schult nur vorübergehend unterbrochen sehen wollte, man sich das im einzelnen gedacht hatte.

Laufenberg verlangte nun von Schult in rückwärtsloser Form, die Lehrtätigkeit sofort (August 1912, also mitten im Kurjus) einzustellen und sie im Oktober 1912 wieder aufzunehmen. Hier ist der Punkt in Laufenbergs Vorgehen, den die Kommission beanstanden muß. Dies Verlangen Laufenbergs kann man nicht mehr als zweckmäßig ansehen, denn seine Erfüllung war durchaus nicht dazu angetan, die Gefahr, die in der Lehrtätigkeit von Schult für das Bildungswesen lag, zu beseitigen, dagegen war sie geeignet, Aufsehen zu erregen und somit die Gefahr noch zu vergrößern. Die Kommission ist darum überzeugt, daß sich Laufenberg in seinem Vorgehen nicht ausschließlich von sachlichen Beweggründen hat leiten lassen, sondern daß er damit bezweckte, Schult persönlich zu verletzen. Was für einen Grund Laufenberg hatte, um persönlich gegen Schult eingenommen zu sein, vermag die Kommission nicht zu sagen.

Die Kommission hat dann auch, wie aus dem Protokoll hervorgeht, die verschiedentlichen Verständigungsversuche ausgiebig erörtert. Laufenberg hielt nach einer Aussprache mit Schult die Verständigung für erfolgt, er habe Schult beim Abschied freundschaftlich die Hand gereicht und habe annehmen können, daß nun nichts mehr zwischen ihm und Schult vorläge. Schult dagegen ist der Meinung, daß diese Aussprache keineswegs einen abschließenden Charakter gehabt habe, es sei vielmehr vereinbart worden, später die Aussprache fortzusetzen, Laufenberg habe aber ein weiteres Zusammentreffen erst hinausgezögert, dann abgelehnt. Die Kommission kann in diesem Gergange, bei dem doch immerhin mancherlei Imponderabilien mitspielen, keine Stütze für die Annahme finden, daß Laufenberg keine Verständigung gewollt habe; sie ist vielmehr der Ansicht, daß Laufenberg sehr wohl die Angelegenheit als erledigt betrachten konnte, zumal wenn man berücksichtigt, daß es für Beide doch schwer erscheinen mußte, nach dem heftigen Zusammenstoße beim Austritt Schults aus dem Lehrkörper die alte Intimität in persönlichen Verkehr wieder herzustellen. Die abweichende Auffassung zwischen Laufenberg und Schult erklärt sich jedoch aus den verschiedenen Charakteren der Beiden. Anders dagegen beurteilt die Kommission das Verhalten Laufenbergs in der später abgehaltenen Verständigungssitzung, wo Schult im Beisein ver-

schiedener Mitglieder der Zentralkommission ein weitgehendes Entgegenkommen bewies; während Laufenberg darauf mit starrer Unversöhnlichkeit antwortete, daß er nichts dazu zu erklären habe. Hier muß die Kommission das Verhalten Laufenbergs als höchst tabelnswert bezeichnen: ein entgegenkommendes Wort aus parteigenösslichem Empfinden heraus, hätte dem ganzen Konflikt ein Ende gemacht und den Organisationen viel Last und Nergernis erspart. So aber erhielt der Konflikt jene Schärfe, die die Vorstände zwang, sich damit zu beschäftigen und eine Kommission zu seiner Untersuchung einzusetzen.

Die Gerüchte, denen die Kommission nachzugehen hatte, besagten Schult habe es bei seinem leichtsinnigen Hervortreten darauf abgesehen, von seiner Behörde gemäßregelt zu werden, um dann in eine gutbezahlte Parteistellung einzutreten, er habe auch Andeutungen in diesem Sinne gemacht und gesagt, weniger als 4000 oder 4500 Mark werde man ihm in einer Parteistellung nicht geben können. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß sich Schult tatsächlich mit Kurssteilnehmern über die Möglichkeit einer Maßregelung und über einen etwaigen Eintritt in eine Parteistellung unterhalten hat. Er behauptet jedoch, daß diese Unterhaltungen einen anderen Sinn gehabt hätten; er habe gesagt, daß er eine Maßregelung nicht fürchte, aber keinesfalls habe er jemals eine Maßregelung gewünscht oder gar erstrebt. Obwohl die Kommission gerade in diesem Punkte sehr nachdrücklich geforscht hat, hat sich nichts ergeben, daß sie davon überzeugen könnte, Schult habe tatsächlich auf eine Maßregelung hingearbeitet, um dadurch zu einer Parteistellung zu kommen. Demgegenüber muß sie aber Laufenberg den guten Glauben zubilligen; Laufenberg konnte eben nach der Art, wie man ihm diese Gerüchte zugetragen hat, ihre Wahrheit für erwiesen ansehen, worin dann auch ein Grund zu einer persönlichen Abneigung Laufenbergs gegen Schult läge. Dabei muß man es aber als eine offene Frage gelten lassen, inwiefern Laufenberg berechtigt war, Schult nach seiner Persönlichkeit eine solch eigennützige Gesinnung und Absicht zuzutrauen. Es ist bei der Untersuchung dieser Angelegenheit festgestellt worden, daß Laufenberg sogleich, als ihm dies Gerücht mitgeteilt wurde, noch auf der Strafe einen entsprechenden Vermerk in sein Notizbuch eingetragen hat. Da aber die Angaben darüber schwanken, wann dies gewesen ist, so kann man daraus irgendwelche Schlüsse nicht ziehen.

Wie sehr der Bonzenklingel sich darüber völlig im Klaren war, daß seine ganze Wirksamkeit in dieser Sache nur den Zweck hatte,

die Arbeiter über das Ohr zu hauen, um Bonzen und Magister gegen die Arbeiter zu einer Einheit zusammenzuschließen, geht daraus hervor, daß man nicht wagte, die diese Angelegenheit berührenden Protokolle dem allgemeinen Protokollbuch der Zentralkommission einzufügen, sondern daß die Protokolle ausschließlich nur den nächstbeteiligten zugestellt wurden.

Der Kampf der Lehrer um ihre Tätigkeit im Bildungswesen wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Herren ihre Seminarweishheit nicht etwa gratis und franko den bildungsberechtigten Arbeitern zur Verfügung stellten, sondern aus ihrer Tätigkeit ein Einkommen herauszuschlagen wußten, daß ihre staatlichen Bezüge sehr erheblich aufbesserte. Heute freilich haben die Herren es nicht mehr nötig, sich wegen lumpiger fünf Mark die Stunde mit den Interessensvertretungen der Arbeiterschaft herumzuschlagen. Sie fühlten sich gedungen, das Wort, daß der Schulmeister die Schlacht bei Königgrätz gewonnen habe, insofern zu ergänzen, daß sie sich für berufen hielten, zu zeigen, daß es auch Schulmeister gäbe, die fähig sind, die deutsche Revolution zu verderben. Sie haben es geschafft! Herr Schumann ist wohlbestallter Senator und Vorsitzender der Feuerkassendeputation; Herr Krause ist gleichfalls wohlbestallter Senator und hat die ganze Bildung unter sich; Herr Aug. C. Hellmann ziert den deutschen Reichstag ehrenamtlich für 30 000 Mark im Jahr; Herr Roß ist Vorsitzender der Hamburger Bürgerchaft und leitet die Volkshochschule; Herr Wallerstädt sitzt in der Bürgerchaft und im Arbeiterrat; Herr Schult sitzt in der Bürgerchaft und in der Volkshochschule, wo auch die übrigen Zierden der ehemaligen Lehrerkonferenz ihre verdiente Einkure gefunden haben mit Ausnahme von Herrn Paulsen, der Berlin als Oberschulrat beglückt.

Daß ihre Verdienste und ihre Vorgeschichte nunmehr in vollem Umfange gewürdigt werden können, danken sie Herrn August Winnig, der sich so gerne auf „seine Hamburger Freunde“ beruft. Sie sind einander wert. Herrn Winnig selbst aber ist mit dieser Darstellung nachgewiesen, daß er wider besseres Wissen lügt, fälscht, verleumdet.

Wie er lange vor seinem Auszug nach dem Baltischen Lande von den Hamburger Arbeitern eingeschätzt wurde, geht aus der Abstimmung hervor, die am 13. Dezember 1914 über die Kandidaten für die Nachwahl zum Reichstage im III. Hamburger Wahlkreise vorgenommen wurden. Es erhielten dabei seitens der Vertrauensmänner

des III. Hamburger Wahlkreises Stimmen: Stubbe 280, Laufenberg 165, Winnig 29 und Groffe 5.

Auch der mit ganzen fünf Stimmen gesegnete Herr Groffe ist heute Senator der Republik.

Von Herrn Winnig können wir indessen nicht Abschied nehmen, ohne ihn noch einmal in bengalischer Beleuchtung in seiner ganzen Mannesgröße auf die Bühne der Geschichte zu stellen. Am 16. April 1919 ging Laufenberg der folgende Brief zu, den wir nicht verwendet haben, weil es unserer Methode entspricht, politische Gegnerschaften mit politischen Mitteln auszuschalten. Der Haß, den Herr Winnig sich einbildet, bei uns erweckt zu haben, ist doch nur ein unglückseliger Reflex seines Größenwahnes. Nachdem aber dieser Herr die Frage der persönlichen Ehrenhaftigkeit überhaupt in die Debatte gezogen hat, mag dieser Brief veröffentlicht werden, weil aus ihm hervorgeht, daß Winnigs persönliche Verkommenheit und moralische Verwahrlosung nicht überboten werden können.

Hamburg, den 16. April 1919.

Geehrter Herr Laufenberg!

Verzeihen Sie, daß ich diesen familiären Brief an Sie richte. Ich weiß in meiner großen Not keinen andern Weg mehr, und Sie, Herr Doktor Laufenberg, können gewiß einer unglücklichen Frau zu ihrem Erfolg verhelfen. Ich bin die Frau des Gewerkschaftsführers, jetzigen Deutschen Gesandten und Reichskommissars August Winnig, der Ihnen doch sehr bekannt ist. Mein Unglück ist folgendes: Arm und arbeitslos als Maurergefellen habe ich meinen Mann geheiratet. Wir lebten glücklich und zufrieden. Was waren wir glücklich, als mein Mann 1904 eine Anstellung am Bauarbeiterverband bekam. Die Not mit unserm Durchkommen hatten wir ja immer noch, wir waren aber glückliche Menschen. Wir haben eine Tochter. Sie ist jetzt 17 Jahr. Vom politischen Leben hielt mich mein Mann immer fern, da er keine Frau haben wollte, die sich daran beteiligte. Mein Mann liebte Frau und Kind über alles, bis vor zwei Jahren. Da zog sich mein Mann immer mehr aus seinen Arbeiterkreisen zurück und nahm mehr und mehr an dem Gesellschaftsleben der Hamburger Patrizierfamilien teil. Ich selbst wurde hinten an gesetzt, ich durfte daran nicht teilnehmen, weil ich nicht genug gebildet war. Dazu kam noch das schreckliche Unglück, daß mein Mann mit einer Lehrerin in Berlin, Schöneberg, Hauptstraße 37, mit Namen Martha Meßmer, ein Verhältnis hatte. Bei dieser Person sind sämtliche Schriften und Arbeiten meines zu finden.

Mein Mann ging am 25. Oktober nach Kurland, natürlich im Auftrage seiner höheren Freunde Dr. Karl Petersen und Dr. Burckhardt. Zehn Tage sollte diese Reise dauern. Der Bauarbeiterverband gab ihm nicht gern Urlaub. Nun kam die Revolution, und mein Mann blühte als Generalbevollmächtigter dort, wurde am 28. Dezember Deutscher Gesandter. An demselben Tage schrieb er mir den Abschied und reichte zugleich beim Rechtsanwalt Dr. Burckhardt die Scheidung ein mit der Begründung, er hätte gegen seine Frau garnichts, alle Schuld nehme er auf sich. An dem Tage, es war Neujahr, bekam ich seinen Brief. Diese Nachricht schmetterte mich so darnieder, daß ich bis heute noch das Bett hülte. In dem Augenblick, wo er eine höhere Stellung bekam, stößt mein Mann Frau und Kind in den Abgrund. Alles Bitten meinerseits und meiner Tochter ist vergebens, mein schweres Krankenlager rührt ihn nicht, wo er sonst für alle ein gutes und weiches Herz hatte. Aber ich nehme jetzt an, das Gute, das er andern tat, tat er nur, um sich einen Namen zu machen. Ich wurde, als ich im Sommer sein Liebesverhältnis entdeckte, schwer krank und kam ins Krankenhaus. Da hatte mich mein Mann versprochen, ein neues Leben anzufangen, da er selbst schwer darunter gelitten hat. Diese Lehrerin schrieb meinem Mann im Sommer, er sollte die Ketten sprengen, da er doch so ein großer Mann werden wollte. Nun bitte ich Sie, Herr Dr. Laufenberg, ich mein Mann seiner Stellung noch würdig? Stimmt dieses mit seiner Politik überein? Bis hierher habe ich Not und Sorgen mit ihm durchgemacht, und nun kann ich gehen. Seinem Kinde hat er die Jugend so verbittert, alles, alles ist uns beiden Menschen vernichtet. Herr Dr. Laufenberg, ich liebe meinen Mann, mein Leben hat ohne ihn keinen Wert mehr. Auch aus dem Herzen meines Mannes ist dieses Elend, daß er uns bereitet hat, nicht entstanden. Diesen Brief, Herr Dr. Laufenberg, schreibe ich Ihnen, um daß Sie dahin wirken, daß mein Mann seines Amtes entledigt wird . . . da ich in der Hoffnung lebe, daß mein Mann aus seiner wahnstinnigen Idee erwachen wird. Alles können Sie der Deffentlichkeit preisgeben, alles ist Wahrheit. Sollte ich Sie, Herr Dr. Laufenberg, mit diesem Brief belästigt haben, so bitte ich um Entschuldigung.

Hochachtungsvoll

Frau Minna Winnig.

Jedes weitere Wort über August Winnig ist nach diesem Schreiben überflüssig. Dem Vorsitzenden der Deutsch-demokratischen Partei, Herrn Senator Dr. Petersen, und dem Rechtsanwalt Herrn Dr. Burckhardt gratulieren wir zu ihrer sauberen Akquisition.

Grundfähliches zur kommenden Umgestaltung

L. Die kapitalistische Reproduktion ver wandelt sich in eine kommunistische durch die Aufhebung der Klassen und die Zusammenfassung der Lohnarbeiterchaft und der arbeitenden Teile des Bürgertums zu einer geschlossenen gesellschaftlichen, zu einer gemeinwirtschaftlichen Einheit. Der politische Akt der Aufhebung der Klassen bildet also den springenden Punkt des Ganzen. Dies leitet über zu der Frage, wie jene Gemeinwirtschaft entsteht, mit anderen Worten, wie die Revolution sich verhält zum Besitz in der kapitalistischen Gesellschaft. Mit diesen Sätzen schloß unsere Untersuchung über das Schema der kapitalistischen und der kommunistischen Reproduktion in der ersten Oktoberausgabe dieser Zeitschrift.

Die Frage, wie die kommunistische Umstellung sich zum Eigentum der alten Gesellschaft verhält, läßt sich nur beantworten, wenn das Verhältnis zwischen kommunistischer Umstellung und Besitz im allgemeinen klargestellt wird. Bei dieser Frage sind zwei Seiten zu unterscheiden: eine negative und eine positive. Gegen welche Züge der gegebenen Wirtschaftsordnung muß die Umstellung sich richten und was muß sie davon zu entfernen tragen? Nach welchen Gesichtspunkten geht die Neuordnung vor sich? Es kann sich bei der Erörterung nicht um die Darlegung von Einzelheiten handeln, die von der jeweiligen Situation abhängen, sondern nur um eine Aufhellung der Grundzüge, nach denen eine revolutionäre Politik verfahren wird. Wir beginnen wiederum mit einer Kritik der Ansichten, die der anonyme Verfasser der im Septemberheft veröffentlichten Abhandlung entwickelt hat.

In seiner Einstellung zum kapitalistischen Besitz geht richtiges und falsches durcheinander. Es trifft zu, wenn er meint, daß nicht die große Ungleichheit in der Verfügungsgewalt über Güter, die unvermeidbar sei, da sich ohne sie keine Gesellschaft denken lasse, sondern daß hauptsächlich die mit keiner Verantwortung nach außen verbundene Schrankenlosigkeit der Verfügungsgewalt, diese vom Staate sanktionierte und geschützte Möglichkeit des Mißbrauchs der Macht für persönliche, die Gesamtheit schädigende Zwecke es sei, die als unerträglich empfunden werde und die Einführung einer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit bedinge. Dagegen ist es irrig, wenn er eine volle und grundsätzliche Beseitigung des Besitzrechtes, seine Abschaffung schlechthin für eine notwendige Folge der Einführung einer solchen gesellschaftlichen Verantwortlichkeit hält. Er verfällt dem weitverbreiteten

Mißverständnis, daß in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft jeder Besitz, jeder Gegenstand bis herab zum Kleinststück und zum Fingerring, zur Feder und zum Tintensatz, wie er sagt, als Kapital anzusprechen sei, und da er nun die kapitalistische Form des Eigentums restlos beseitigen will, verleitet ihn seine unrichtige Voraussetzung zu Folgerungen, die um so mehr auffallen, als er den gegebenen Besitzstand im wesentlichen unangetastet lassen will. Es genüge, wenn die Gesellschaft durch grundsätzliche Aufhebung des Besitzrechtes unqualifizierte Besitzer aus ihrem Besitz zu entfernen vermöge.

Wie schon angedeutet, ist nicht jeder Besitz ein kapitalistischer. Daselbe Geld, das in der Hand des Fabrikanten Kapital darstellt, ist Lohn in der Hand des Arbeiters, also bloßes Zahlungsmittel zum Einkauf von Unterhaltstücken. Linnen gehört zum Warenkapital im Laden des Kaufmannes und verwandelt sich in einen reinen Gebrauchsgegenstand in den Händen der Hausfrau. Gib einem Bettler ein Almosen von zwanzig Mark, wird er sich damit etwa in einen Kapitalisten verwandeln haben? Dagegen stellt die für einen Produktionsprozeß angeworbene Arbeitskraft einen Teil des Produktionskapitals des Fabrikanten dar. Kapitaleigenschaft besitzen nur solche Dinge, die eine bestimmte Funktion erfüllen, eben die Funktion des Kapitals, und sie besitzen sie nur so lange, wie sie dem Kreislauf des Kapitals eingegliedert sind. Sobald sie diesen Kreis verlassen, verlieren sie jene Eigenschaft.

Die Funktion des Kapitals beruht an und für sich auf der Ver wandlung von Geld in Waren, um durch deren Rückverwandlung in Geld einen Geldüberschuß zu erzielen. Aus dem Handel hervorgehend ist sie allenfalls möglich, wo Einzelwirtschaften über den eigenen Bedarf hinaus regelmäßig Mehrprodukt erzeugen. Aber das Vorhandensein kapitalistischer Handels macht eine Wirtschaft, macht eine Gesellschaft noch nicht zu einer kapitalistischen. Von kapitalistischer Wirtschaft ist erst dann die Rede, wenn die Produktion selber auf kapitalistische Art vor sich geht, wenn also die Produktionsmittel in jene Bewegung des Geldes hineingezogen sind und als Waren gekauft und erzeugt werden, woraus wiederum folgt, daß auch die Arbeitskraft des Menschen Warenqualität angenommen hat. Eine kapitalistische Gesellschaft setzt voraus, daß dieses Produktionsverhältnis allgemein oder doch das vorherrschende und die Gesamtwirtschaft

bestimmende geworden ist. Die Frage, ob und inwieweit es in der Vergangenheit bereits solche oder verwandte Gesellschaftsformen gegeben hat, mag auf sich beruhen bleiben. Die kapitalistische Produktionsweise der Gegenwart jedenfalls stellt eine ausgereifte Warengesellschaft dar, die sich auf der Anwendung menschlicher Lohnarbeit durch die Besitzer von Kapital aufbaut, deren Kapital also kraft eines gesellschaftlichen Verhältnisses, kraft des Verhältnisses von Lohnarbeiterchaft und Unternehmerschaft, besteht, das als organisches Prinzip der Gesellschaft Gang und Gliederung der Wirtschaft regelt.

Jede menschliche Gesellschaft gründet sich auf ein organisches Prinzip, ein grundlegendes Produktionsverhältnis. Es ist nicht, wie man naive wohl gemeint hat, der technische Apparat der Gesellschaft, noch ist es, wie andere glaubten, dessen engere Beziehung zu den wirtschaftenden Menschen. Es ist jenes unmittelbare Verhältnis unter den geist- und willensbegabten Menschen selbst, in dem sich die Bedingungen ihrer Existenz in ihrer Totalität konzentrieren, die Verkörperung der bewegenden Kraft des Ganzen, von der alles abhängt: die Produktion und Reproduktion des gesamten gesellschaftlichen Lebens, seine materielle und seine geistige Struktur. Diese Wahrheit wird vielfach deswegen verkannt, weil sie die Wahrheit des von den einen verkehrten, von den anderen verballhornten historischen Materialismus ist, der, wie alle großen Wahrheiten, im Grunde nur eine Selbstverständlichkeit ausspricht. Wenn es richtig ist, daß von der Produktion und Reproduktion ihres Lebens die ganze Gesellschaft abhängt und Recht und Familie, Staat und Kirche, Kultur und Wissenschaft davon bedingt werden, weil sie sonst überhaupt nicht da wären, so ist es natürlich nicht minder richtig, daß sie abhängen von der grundlegenden Formation der Kräfte, durch die jenes Leben vermittelt wird und vermöge deren seine Produktion und Reproduktion sich vollzieht.

Die organischen Prinzipien, die grundlegenden Produktionsverhältnisse wechseln in den großen Zeiträumen der Geschichte. Mag aber die Fülle der Formen, in denen das gesellschaftliche Leben sich abwickelt, noch so reichhaltig sein, ob im Widerstreit der gesellschaftlichen Gruppen die Verfassung der Staaten wechselt, das Recht sich ändert, die Familie sich umgestaltet, der Besitz sich umgruppiert — in ihrem Wesen ändert eine Gesellschaft sich nicht, solange die zentrale Kraft, das schöpferische Prinzip, das organische Produktionsverhältnis das alte bleibt. Trotz aller Verschiedenheiten in der wirtschaftlichen Gliederung und in der staatlichen Verfassung, welche die kapitalisti-

sche Gesellschaft des letzten Jahrhunderts kennzeichnen, repräsentieren doch alle Staaten dieses Kreises einen gleichen, den kapitalistischen Typ. Veränderungen des grundlegenden Produktionsverhältnisses, Umstellungen des gesamten Macht- und Wirtschaftsverhältnisses der produktiven Gruppen zu einander setzen Revolutionen voraus, deren Erfolg wiederum dadurch bedingt ist, daß im Produktionsverhältnis der alten Gesellschaft die umstellende, die revolutionäre Seite so weit erstarkt und so tief in den Gesamtzusammenhängen verankert ist, daß, um mit Marx zu reden, die Quantität in die Qualität umschlägen, daß sie die alte Macht zertrümmern und ihre eigene Autorität aufrichten kann. Gewalt ist die Geburtshelferin einer jeden neuen Gesellschaft. Aber das neue Leben, das durch den eruptiven Akt der Geburt in die Welt hineintritt, bringt das Gesetz seines Seins, seines organischen Werdens aus dem Organismus mit, in dem es aufkam und wuchs. Nie kann, nachdem der Machtkampf entschieden ist, eine siegreiche Revolution mehr tun, als Menschen und Wirtschaftsmittel der alten Zeit in neuen Formen zusammenzufassen, um sie den realen Bedürfnissen der Gesamtheit gemäß zu organisieren; mit anderen Worten, sie kann nur die Lebenskräfte freimachen, welche die alte Gesellschaft bereits durchfluten.

Revolutionen sind mithin so wenig willkürliche Akte wie das Weltgeschehen überhaupt, sondern nach Ziel und Inhalt organisch bestimmt. Die Revolution der Gegenwart hat die Aufgabe, die durch das Kapital repräsentierte Klassenscheidung aufzuheben, das grundlegende Produktionsverhältnis der kapitalistischen Gesellschaft, also das Kapital, zu beseitigen, um durch Zusammenfassung der Arbeiterchaft und der arbeitenden Teile des Bürgertums eine gemeinwirtschaftliche und damit eine neue tragfähige Ordnung aufzurichten. An dieses ihr Ziel und ihren Inhalt ist sie aufs engste gebunden, so daß sie weder dahinter zurückbleiben noch willkürlich darüber hinausgehen darf. Tut sie es dennoch, so schafft sie keine neue gesellschaftliche Autorität, keine neue wirtschaftliche Ordnung, sondern das Chaos. Nicht einmal das negative Ziel der Revolution, die Beseitigung des Kapitalismus, gehört zum Bereich unbegrenzter Möglichkeiten. Die Revolution kann beispielsweise das Geld seiner Kapitaleigenschaft entkleiden und sie muß es. Aber jeder Versuch, das Geld nicht nur als Kapital, sondern auch als Geld, als Zirkulationsmittel überhaupt auszuschalten, hieße das Ziel von vornherein vollkommen verrücken und einem sicheren Fehlschlag entgegensteuern. Inwieweit sich später das Geld

etwa bei der Zugänglichmachung der Gegenstände des Existenzminimums völlig entbehren läßt, inwiefern es in anderen Teilen der Wirtschaft erhalten bleiben muß, kann nicht vom Standpunkte der bloßen Negation des Kapitalismus, sondern nur vom Standpunkte der Organisation der neuen Gesellschaft entschieden werden. Allgemein gesprochen: der negative Zug der Revolution, die Beseitigung des kapitalistischen Bildes der Gesellschaft darf dem positiven Inhalt der Revolution, dem Aufbau der neuen Produktionsweise nicht störend entgegenwirken oder ihn gar unmöglich machen. Denn was vom Gelde gilt, gilt vor allen Teilen der kapitalistischen Wirtschaft, es gilt auch vom Besitz schlechthin, wie denn die Besitzfrage nur ein Teil der allgemeinen Wirtschaftsfrage ist. In welchem Umfange alte Besitzformen umzuwerfen sind, in welchen Formen die Verwaltung der Sachgüter der Gesellschaft neu zu organisieren ist, ist nicht bedingt durch vorgesehene theoretische und parteiideologische Meinungen, sondern durch praktische Notwendigkeiten, in denen Ziel und Zweck der Revolution sich verkörpern. So wichtig die Eigentumsfrage tatsächlich ist, handelt es sich dabei im Grunde genommen doch um eine Angelegenheit zweiten Ranges, da nicht im Umsturz des Besitzes, sondern in der Aufhebung des kapitalistischen und in der Schaffung des gemeinwirtschaftlichen Produktionsverhältnisses der Schwerpunkt der Dinge liegt und die Frage, wo alter Besitz verschwinden und der Besitz überhaupt seine Formen ändern muß, von dem allgemeinen Gesellschaftszweck abhängt, weil Besitz seiner gesellschaftlichen Bestimmung nach niemals und nirgends Selbstzweck, sondern stets nur Mittel zum Zweck ist, Mittel zu dem Zweck, das Leben des Ganzen zu ermöglichen und seinem Aufstieg zu dienen.

Beide Seiten der kommunistischen Umstellung, die negative der Beseitigung des Kapitalismus und die positive der Zusammenfassung der Lohnarbeiterschaft und der arbeitenden Teile des Bürgertums zur gemeinwirtschaftlichen Einheit sind ein einheitlicher Prozeß, für den es in der sozialistischen Terminologie nur den Begriff der Vergesellschaftung der Produktionsmittel gibt. Man verstand darunter eine Vergesellschaftung der Wirtschaftsmittel im antikapitalistischen, im proletarischen Sinne. Insofern damit also eine klassenlose Gesellschaft bezeichnet werden soll, widerspricht er allerdings dem Begriff der Klassengesellschaft. Wenn aber die kapitalistische Gesellschaft kraft eines gegebenen gesellschaft-

lichen Verhältnisses, kraft des Produktionsverhältnisses von Unternehmern und Lohnarbeitern besteht, wenn dies Produktionsverhältnis Gang und Gube der Wirtschaft bestimmt und als organisches Prinzip die ganze Gesellschaft regelt — was ist dann die kapitalistische Gesellschaft anders als eine Vergesellschaftung von Wirtschaftsmitteln in kapitalistischen Formen? Wie die Klassengesellschaft und die Gesellschaft ohne Klassen gleichermaßen in derselben Idee der Gesellschaft wurzeln, so stellt jede nach einem regelnden Prinzip geordnete Wirtschaft eine Vergesellschaftung von Wirtschaftsmitteln dar, ganz gleich, ob es sich dabei um eine kapitalistische, eine feudale, eine sozialistische oder sonst eine Wirtschaft handelt. Denn wie immer die Einzelwirtschaften in einer Gesamtwirtschaft organisiert sein mögen, stets beruhen sie auf der gesellschaftlichen Zusammenarbeit der Wirtschaftler, auf der gesellschaftlichen Ausnutzung ihres Wissens und Könnens und der gesellschaftlichen Verwendung gegebener Wirtschaftsmittel, da menschliche Wirtschaft überhaupt erst durch gesellschaftliche Gemeinschaft möglich wird. Und es liegt im Wesen der Wirtschaft, die Vergesellschaftung zu steigern, weil geregelte wirtschaftliche Tätigkeit auf die Erzielung höchstmöglicher Auswirkung durch zweckdienliche Ordnung gerichtet sein muß. Was aber von der Einzelwirtschaft gilt, gilt von der Wirtschaft der gesamten Gesellschaft in um so höherem Maße, als sie die Summe des Verkehrs der Einzelwirtschaften und ihres Austausches von Produkten und Kräften darstellt. Während mithin jede Gesellschaft auf der Vergesellschaftung von Wirtschaftsmitteln beruht, bildet die Art, wie diese Vergesellschaftung durchgeführt wird, das wesentlichste Merkmal, um die verschiedenen Gesellschaften voneinander zu unterscheiden, wie sich besonders deutlich gerade aus dem Vorhandensein der Klassengesellschaften ergibt. Werden Gruppen einer Gesellschaft mächtig genug, um die Lebensquellen der Gesamtheit in ihre Hand zu bringen und Staat, Wirtschaft und Familie nach ihren Interessen zu organisieren, zwingen sie auf diese Weise der Lebensfunktion der Gesellschaft eine bestimmte Richtung und Regel auf, so erheben sie zugleich dadurch, daß sie die Lebensfunktion des Ganzen von der Funktion ihrer Gruppeninteressen abhängig machen und die Organisation der Gesellschaft nur noch kraft der Organisation von Gruppen mit Sonderinteressen besteht, ihr Gruppeninteresse zum Gemeininteresse und machen es zur Basis, zum organischen Prinzip des Ganzen. Sie sind es dann, die Form und Art der Vergesellschaftung bestimmen.

Wer vom Wesen der kapitalistischen Ordnung eine schiefe Vorstellung hat, kann natürlich

zur Frage der Vergesellschaftung, zum Problem der Umstellung nicht das richtige Verhältnis gewinnen. Der anonyme Verfasser steht hier lediglich eine Frage der Gestaltung des Rechtes und meint, daß die Umgestaltung des Rechtes die Umgestaltung der Wirtschaft von selber nach sich ziehe. Die Beziehungen allgemeiner Natur zwischen Recht und Wirtschaft mögen unberücksichtigt bleiben. Genügt wirklich, wie der Verfasser wähnt, eine formale Aufhebung des Besitzrechtes, um das Aufhören kapitalistischer Zustände, die Beseitigung der kapitalistischen Vergesellschaftung zu gewährleisten? Mit nichten. Um kapitalistische Produktion würde es sich auch dann noch handeln, wenn das kapitalistische Privateigentum abgelöst wäre durch das körperliche Eigentum staatlicher, kommunaler und berufsgenossenschaftlicher Verbände, und Unternehmer und Lohnarbeiter sich als öffentlich rechtliche Koalitionen gegenüberständen, um ihre beiderseitigen Beziehungen durch die politischen Organe der Gesellschaft zu regeln. Andererseits könnte das Unternehmertum sich mit der Ueberführung alles Besitzes in das Gesellschaftseigen des Volkes einverstanden erklären und sich allen hieraus ergebenden politischen und verfassungsrechtlichen Konsequenzen unterwerfen, sofern nur der gegebene Besitzstand — die bestmögliche Verwaltung, wie der Verfasser es ausdrückt — davon nicht berührt würde. Ein solches Gesellschaftseigen wäre nur die Proklamierung eines Obereigentums des Volkes, eines Eigentumsrechtes in abstracto, wie es, streng genommen, bereits besteht. Denn jede Gesellschaft ist genötigt, vom dem Grundsatz auszugehen, daß allen Einzelinteressen ihre Gesamtinteressen vorgehen und muß ihnen auf allen Gebieten, vorzugsweise aber auf dem Gebiete des Besitzes, Geltung verschaffen, woraus unmittelbar folgt, daß sie sich das Obereigentum über jeden Besitz zu erkennen muß. Daß die kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart hierin keine Ausnahme macht, beweist sie durch das Recht der Besteuerung, das Recht der gesellschaftlichen Expropriation, durch die soziale Gesetzgebung und manche anderen Institutionen, in denen ihre Übergewalt über den Einzelbesitz zum Ausdruck gelangt. Wie es um das Obereigentum einer Gesellschaft praktisch bestellt ist, wie es sich in Recht und Verwaltung ausprägt, wird, wie alle Erscheinungen einer gegebenen Gesellschaft, von dem Daseinsprozeß des Ganzen, von seiner gesellschaftlichen Struktur und Organisation bedingt. Es kommt also nicht darauf an, irgendwie theoretisch ein Obereigentum der Gesellschaft erst zu proklamieren, sondern das vorhandene Obereigentum der

kapitalistischen Gesellschaft durch das Obereigentum der kommunistischen abzulösen. Solange die Organisation von Staat und Wirtschaft auf der Teilung der Wirtschaftler in Unternehmer und Lohnarbeiter beruht und daher dem Wesen nach bürgerlich kapitalistisch bleibt, solange gegenüber dem konkreten Besitzrecht das Obereigentum der Gesamtheit sich nur durch die Organe einer kapitalistischen Wirtschaft und eines kapitalistischen Staates auswirken kann, bewegen sich alle Organe und alle Formgestaltungen zwangsläufig in der Linie der Gesellschaft, zu der sie gehören, und wären lauter Sozialdemokraten Träger des Rechts und der Staatsgewalt.

Der Feudalismus war eine Form der Vergesellschaftung des Grund und Bodens, die auf dem Gegensatz der Grundherren und Hörigen beruhte. Der Kapitalismus vergesellschaftete das Kapital und schuf den Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern. Worin besteht nun das Kennzeichen der sozialistischen Vergesellschaftung und welches ist ihr Objekt?

Das Kapital resultiert aus der Anwendung fremder Lohnarbeit, also aus der Aneignung der Mehrarbeit, welche die Lohnarbeiter aller Schichten und Berufe im Arbeitsprozeß leisten, letzten Endes mithin aus ungeschlakter Arbeit. Würde das gesamte Kapital der Kapitalistenklasse expropriert und in Gemeineigen überführt, so bliebe dennoch neue Kapitalbildung und folglich die Wiederherstellung einer Klassengesellschaft solange möglich, wie die Vergesellschaftung sich nicht vorzugsweise gerade auf die menschliche Arbeit erstreckte. Immer wieder könnten sonst Ersparnisse, könnte die Zusammenlegung besonderer Wirtschaftserträge dazu dienen, sich fremde Arbeit zum Zweck bloßen privaten Vorteils dienstbar zu machen. Allein die Vergesellschaftung der Arbeit, der Arbeitskraft vermag Bourgeoisie und Kapital zu entthronen, indem sie das gesellschaftliche Verhältnis von Unternehmer und Lohnarbeiter aufhebt. Welche gewaltige Folgen sich hieraus ergeben, läßt schon der Umstand ahnen, daß die Umwälzung dadurch, daß sie die menschliche Arbeitskraft selber zum Gegenstande hat, die Gesellschaft an ihrem innersten Kerne anfaßt. Denn die Schöpferin des gesellschaftlichen Reichtums ist die tätige Menschhand, werden doch sogar die meisten von den Dingen, welche die Natur als freie Güter spendet, erst dann nutzbar, wenn Arbeit sie der Gesellschaft zuführt. Sie, die große Schöpferin der Gesellschaft, die Mittlerin zwischen Menschheit und Natur, die in den Jahrtausenden der Klassengesellschaft in Fesseln geschlagene Arbeit wird frei. Frei von den Verzerrungen durch die Sonder-

interessen bevorzogter Gruppen, gestützt auf ein mächtiges kulturelles Wissen, auf ein gewaltiges technisches Können wird sie zum ersten Mal naturkräftig und ungehemmt wirken, um durch das Zusammenschaffen aller Sein und Werden aller zu gestalten. Mit der Unterjochung der Arbeitskraft unter die Privilegien bevorzogter Gruppen entstand die Klassengesellschaft. Die Vergegesellschaftung der Arbeitskraft schließt die Epoche der Klassengesellschaft ab. Sie erst erlöst die Menschheit, indem sie frei macht für immer.

Bergegesellschaftung der Arbeit setzt voraus, daß die Gesellschaft sie verkündet. Sie beginnt mit dem politischen Akt der Erklärung der Grundrechte der Arbeit, also mit einem revolutionären Akt. Er bedeutet, daß die Gesellschaft von der Arbeitskraft aller ihrer Bürger Besitz ergreift, indem sie einem jeden die Pflicht auferlegt, notwendige und nützliche Arbeit zu verrichten und das dem eigenen Können entsprechende Höchstmaß an Leistungen zu vollbringen. Auf diesen zwei Grundpfeilern der allgemeinen Arbeitspflicht ruhen die Menschenrechte der Arbeit: das Recht der Organisation und Kontrolle der Wirtschaft durch die freie Tätigkeit der Werktätigen selbst, das Recht aller Arbeitenden, an allen Rechten der Gesellschaft gleichberechtigt teilzunehmen, das Recht auf ein Existenzminimum, gleichgültig, ob die Gesellschaft Beschäftigung für den Betroffenen hat oder nicht, das Recht auf volle Verwertung der persönlichen Fähigkeiten im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit — freie Bahn dem Tüchtigen!, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf eine den natürlichen Anlagen entsprechende Erziehung und Ausbildung. Einst machte die Abschaffung der feudalen Bindungen die in der feudalen Gesellschaft aufgespeicherten kapitalistischen Kräfte frei; der negative Prozeß der Auflösung des feudalen Produktionsverhältnisses war zugleich die Freimachung des Systems der neuen Gesellschaft. Auch die Auflösung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses beginnt mit der Freimachung und Vergegesellschaftung seiner revolutionären Kraft, die schon im Schoß der alten Gesellschaft zum stärkeren Hebel des Gesellschaftsprozesses geworden, und sie trägt in sich das System der kommunistischen Gesellschaft, das sich aufbaut auf den Grundrechten der Arbeit und wirklich wird, indem es die Zellen der Wirtschaft, die Werkstätten und Betriebe, und über sie den neuen Staat, die neue Gesellschaft organisiert.

Die Erklärung der Grundrechte der Arbeit schließt grundsätzlich und vollkommen das Besitzrecht

der kapitalistischen Gesellschaft um und statuiert das Obereigentum der kommunistischen Gesellschaft. Es repräsentiert kein Herrschaftsverhältnis mehr. Die Gewalt einer Klasse über die Lebensquellen der Gesamtheit als Basis der Staats- und Wirtschaftsordnung, die das Obereigentum der Gesellschaft bislang zu einem besonders kräftigen Werkzeug machte, um die Interessen privilegierter Gruppen zu verwirklichen, ist verschwunden. Gleichberechtigung aller schaffenden Arbeit ist sein breites Fundament. Und dieses Obereigentum der kommunistischen Gesellschaft erstreckt sich so weit, wie die Arbeit dieser Gesellschaft selber reicht. Es umfaßt alles und jedes. Nicht nur das Recht des absoluten und willkürlichen Gebrauchs ist vernichtet: es gibt kein Eigentum im alten Sinne und somit kein Recht des Eigentums, der toten Sache mehr; es gibt nur noch ein Recht der Menschen. Der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft tilgt auch im Recht des Besitzes alle kapitalistischen Merkmale und der negative Zug der Umstellung ist auf diesem Gebiete ebenso leicht erkennbar wie auf den andern. Wie aber ist es in der kommunistischen Ordnung positiv um Besitz und Besitzrecht bestellt? Diese Frage mag beantwortet werden, ehe auf die Organisation von Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft eingegangen wird.

Wie alle Rechte der Gesellschaft wurzelt auch das Recht auf Besitz ursprünglich in Gewohnheit, Sitte und Brauch. Wie alle Rechte der Gesellschaft entspringt es der Notwendigkeit, in das Zusammenleben der Menschen durch allgemein gültige Regeln Ordnung zu bringen. Daß sich, sobald gewisse Funktionen von allgemeiner Bedeutung einzelnen oder ihren Familien dauernd vorbehalten bleiben, Begünstigungen im Besitz damit verbunden, daß auf diese Weise aus dem allgemeinen Recht das Vorrecht hervorgeht und sich die Möglichkeit darbietet, Vorrechte auf Sitte und Brauch und folglich auf das allgemeine Recht zu gründen, daß zuletzt das gemeine Recht verschwand und die Vorrechte privilegierter Gruppen zur allgemeinen Rechtsbasis wurden, alles dies ändert nichts daran, daß das Recht auf Besitz einer gesellschaftlichen Notwendigkeit seine Entstehung verdankt und daß es auch in Zukunft an allen Dingen gelten wird, die als zur Lebensführung notwendig und unentbehrlich angesehen werden. Welche Organisation eine Gesellschaft haben mag, stets müssen die Dinge des Konsums, des allgemeinen Verbrauchs, soweit die eigene Person und deren Angehörige und Hausgenossen in Frage kommen, in ausreichender Menge mit dem vollen Recht, sie zu jeder dienlichen Zeit

zu gebrauchen und zu verbrauchen, also mit dem vollen Recht des Besitzes angeeignet und bewahrt werden können, ohne daß der Inhaber beschränkt muß, daß Unberechtigte ihn nach Laune und Willkür darin stören dürfen, weil die Gesellschaft ihm bei der freien Verfügung über seinen rechtmäßigen Besitz den nötigen Schutz versagt. Ohne dieses Recht und ohne diesen Schutz ist keine Wirtschaft möglich. Wenn jeder jedem zu beliebiger Zeit nach Laune und Willkür wegnehmen kann, was ihm gefällt und wessen der andere bedarf, dann hört die menschliche Gesellschaft binnen kurzem auf zu sein, und die Menschheit sinkt auf die Stufe der Tierheit zurück. Die Gesellschaft kann zwar in Nozeiten auch auf solche Besitztümer zurückgreifen und sie für die Zwecke der Gesamtheit in Anspruch nehmen; doch findet ihr Recht dort seine Grenze, wo seine Ausübung das Leben des Ganzen zerstört, statt es zu erhalten. So wenig wie irgend eine Gesellschaft vor ihr, kann auch die kommende kommunistische das Recht auf Besitz schlechthin verneinen und das Besitzrecht grundsätzlich, d. h. in solchem Umfange beseitigen, daß es für keinen Zweig der gesellschaftlichen Güter mehr Geltung hätte. Auch sie kann es nur ihren Bedürfnissen anpassen und den Besitzstand diesen Bedürfnissen gemäß organisieren.

Der Leser erinnert sich der Ausführungen über die Zerteilung der Produktion in der kommunistischen Gesellschaft im ersten Abschnitt unserer Abhandlung: Produktion des Existenzminimums in der einen, Produktion des Ueberschusses in der anderen Gruppe. Weil sich in einer Gesellschaft, die souverän über die gesamte Arbeitskraft aller ihrer Bürger verfügt, die Gegenstände des notwendigen Bedarfs leicht in ausgiebiger Menge herstellen lassen und sie daher für jeden, der arbeitet, zur Hand sind, da ferner jeder, der arbeiten will, einen Rechtsanspruch auf sein Existenzminimum besitzt, wird die kommunistische Gesellschaft den Besitz der Gegenstände des Existenzminimums nachdrücklich schützen und das Recht auf Besitz dieser Art schärfer betonen als irgend eine Gesellschaft vor ihr. Und da die Erarbeitung von Dingen aus dem Kreise der Ueberschußproduktion nicht dem Luxus, sondern einer durch qualifizierte Arbeitsleistung bedingten Lebensführung und somit der Steigerung der persönlichen und gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit dient, werden auch für diese Dinge im wesentlichen die gleichen Rechtsbestimmungen gelten, wie für die eigentlichen Stücke des Bedarfs. Wenn in den Jahrhunderten des Mittelalters der Bau und die Ausstattung der Häuser des Patriziats das Werk von Generationen war, wenn die kulturelle Ueber-

legenheit der aristokratischen Schichten wesentlich auf dem Umstand beruhte, daß an den familiensitzigen Jahrhunderte gearbeitet haben, warum sollte die kommunistische Gesellschaft nicht ganz allgemein die kulturelle Lebensgestaltung durch die zusammenfassende Arbeit von Generationen zu einem Wesenszug im Bau und Leben ihrer Familie machen? Nicht wie der einzelne oder die Familie sich ihr Leben kulturell gestalten, ist für sie eine Frage der öffentlichen Interessen, sondern ob jemand anders als durch eigene Arbeit und nach eigenem Verdienst an den Lebensgütern der Gesamtheit teilhaben kann, und ob die Organe der öffentlichen Kontrolle und Verwaltung eine Uebertragung, Hinterlassung und Verwendung von Gütern in anderem Umfange und zu andern als von der Gesellschaft gewollten und gebilligten Zwecken in allen Fällen zu verhindern imstande sind.

Soweit es sich um Gegenstände des Existenzminimums und erarbeitete Dinge der Ueberschußproduktion handelt, bleibt somit das Besitzrecht und ein nach den Lebenserfordernissen bedingtes Ueberschußrecht bestehen. Dagegen werden mancherlei Dinge nur solchen Personen zugänglich sein, die sich vermöge eigener Tüchtigkeit, indem sie sich von unten auf durchsetzen, einen begründeten Anspruch auf ihre Benutzung erwerben. Es handelt sich da um eine Verwendung von Gebäuden, Wohnungen, gewissen Verkehrsmitteln und anderen Sachen, die durch gesellschaftlich leitende Tätigkeit an irgend einer Stelle, und wie es die Funktion mit sich bringt, bedingt wird, eine Benutzung, die mit der Ausübung der Funktion grundsätzlich erlischt.

Was nicht zum Kreis der Gegenstände des Existenzminimums oder der erarbeiteten Gegenstände gehört, fällt grundsätzlich unter das Eigentum der Gesellschaft. In einer kommunistischen Ordnung besteht sonach grundsätzlich kein Besitzrecht an Produktionsmitteln. Es gibt hier nur einen namens der Gesamtheit verwalteten Besitzstand. Damit ist allerdings keineswegs gesagt, daß nun die bisherigen Verwalter solcher gesellschaftlichen Güter von Haus und Hof gejagt werden. Auch in einer kommunistischen Wirtschaft müssen die Wirtschaftsmittel verwaltet und bewirtschaftet werden, und wenn nicht schon politische und wirtschaftliche Klugheit eine Lahmlegung fachmännischen Könnens und Wissens in irgend- wie erheblichem Umfange verböte, so würde sie durch den Umstand verhindert werden, daß die kommunistische Gesellschaft die Wirtschaftsmittel nur in der Verfassung übernehmen kann, in der sie sie vorfindet und daß die Umstellung sich vom Boden der gegebenen wirtschaftlichen

Interessen bevorzugter Gruppen, gestützt auf ein mächtiges kulturelles Wissen, auf ein gewaltiges technisches Können wird sie zum ersten Mal naturkräftig und ungehemmt wirken, um durch das Zusammenschaffen aller Sein und Werden aller zu gestalten. Mit der Unterjochung der Arbeitskraft unter die privilegierten bevorzugter Gruppen entstand die Klassengesellschaft. Die Vergesellschaftung der Arbeitskraft schließt die Epoche der Klassengesellschaft ab. Sie erst löst die Menschheit, indem sie frei macht für immer.

Vergesellschaftung der Arbeit setzt voraus, daß die Gesellschaft sie verkündet. Sie beginnt mit dem politischen Akt der Erklärung der Grundrechte der Arbeit, also mit einem revolutionären Akt. Er bedeutet, daß die Gesellschaft von der Arbeitskraft aller ihrer Bürger Besitz ergreift, indem sie einem jeden die Pflicht auferlegt, notwendige und nützliche Arbeit zu verrichten und das dem eigenen Können entsprechende Höchstmaß an Leistungen zu vollbringen. Auf diesen zwei Grundpfeilern der allgemeinen Arbeitspflicht ruhen die Menschenrechte der Arbeit: das Recht der Organisation und Kontrolle der Wirtschaft durch die freie Tätigkeit der Werktätigen selbst, das Recht aller Arbeitenden, an allen Rechten der Gesellschaft gleichberechtigt teilzunehmen, das Recht auf ein Existenzminimum, gleichgültig, ob die Gesellschaft Beschäftigung für den Betreffenden hat oder nicht, das Recht auf volle Verwertung der persönlichen Fähigkeiten im Rahmen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit — freie Bahn dem Mächtigen!, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf eine den natürlichen Anlagen entsprechende Erziehung und Ausbildung. Einst machte die Abschaffung der feudalen Bindungen die in der feudalen Gesellschaft aufgespeicherten kapitalistischen Kräfte frei; der negative Prozeß der Auflösung des feudalen Produktionsverhältnisses war zugleich die Freimachung des Systems der neuen Gesellschaft. Auch die Auflösung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses beginnt mit der Freimachung und Vergesellschaftung seiner revolutionären Kraft, die schon im Schoß der alten Gesellschaft zum stärkeren Hebel des Gesellschaftsprozesses geworden, und sie trägt in sich das System der kommunistischen Gesellschaft, das sich aufbaut auf den Grundrechten der Arbeit und wirklich wird, indem es die Zellen der Wirtschaft, die Werkstätten und Betriebe, und über sie den neuen Staat, die neue Gesellschaft organisiert.

Die Erklärung der Grundrechte der Arbeit führt grundsätzlich und vollkommen das Besitzrecht

der kapitalistischen Gesellschaft um und statuiert das Obereigentum der kommunistischen Gesellschaft. Es repräsentiert kein Herrschaftsverhältnis mehr. Die Gewalt einer Klasse über die Lebensquellen der Gesamtheit als Basis der Staats- und Wirtschaftsordnung, die das Obereigentum der Gesellschaft bislang zu einem besonders kräftigen Werkzeug machte, um die Interessen privilegierter Gruppen zu verwirklichen, ist verschwunden. Gleichberechtigung aller schaffenden Arbeit ist sein breites Fundament. Und dieses Obereigentum der kommunistischen Gesellschaft erstreckt sich so weit, wie die Arbeit dieser Gesellschaft selber reicht. Es umfaßt alles und jedes. Nicht nur das Recht des absoluten und willkürlichen Gechts ist vernichtet: es gibt kein Eigentum im alten Sinne und somit kein Recht des Eigentums, der toten Sache mehr; es gibt nur noch ein Recht der Menschen. Der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft folgt auch im Recht des Besitzes alle kapitalistischen Merkmale und der negative Zug der Umstellung ist auf diesem Gebiete ebenso leicht erkennbar wie auf den andern. Wie aber ist es in der kommunistischen Ordnung positiv um Besitz und Besitzrecht bestellt? Diese Frage mag beantwortet werden, ehe auf die Organisation von Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft eingegangen wird.

Wie alle Rechte der Gesellschaft wurzelt auch das Recht auf Besitz ursprünglich in Gewohnheit, Sitte und Brauch. Wie alle Rechte der Gesellschaft entspringt es der Notwendigkeit, in das Zusammenleben der Menschen durch allgemeine gültige Regeln Ordnung zu bringen. Daß sich, sobald gewisse Funktionen von allgemeiner Bedeutung einzelnen oder ihren Familien dauernd vorbehalten bleiben, Begünstigungen im Besitz damit verbunden, daß auf diese Weise aus dem allgemeinen Recht das Vorrecht hervorging und sich die Möglichkeit darbot, Vorrechte auf Sitte und Brauch und folglich auf das allgemeine Recht zu gründen, daß zuletzt das gemeine Recht verschwand und die Vorrechte privilegierter Gruppen zur allgemeinen Rechtsbasis wurden, alles dies ändert nichts daran, daß das Recht auf Besitz einer gesellschaftlichen Notwendigkeit seine Entstehung verdankt und daß es auch in Zukunft an allen Dingen gelten wird, die als zur Lebensführung notwendig und unentbehrlich angesehen werden. Welche Organisation eine Gesellschaft haben mag, stets müssen die Dinge des Konsums, des allgemeinen Verbrauchs, soweit die eigene Person und deren Angehörige und Hausgenossen in Frage kommen, in ausreichender Menge mit dem vollen Recht, sie zu jeder dienlichen Zeit

zu gebrauchen und zu verbrauchen, also mit dem vollen Recht des Besitzes angeeignet und bewahrt werden können, ohne daß der Inhaber befürchten muß, daß Unberechtigte ihn nach Laune und Willkür darin stören dürfen, weil die Gesellschaft ihm bei der freien Verfügung über seinen rechtmäßigen Besitz den nötigen Schutz versagt. Ohne dieses Recht und ohne diesen Schutz ist keine Wirtschaft möglich. Wenn jeder jedem zu beliebiger Zeit nach Laune und Willkür wegnehmen kann, was ihm gefällt und wessen der andere bedarf, dann hört die menschliche Gesellschaft binnen kurzem auf zu sein, und die Menschheit sinkt auf die Stufe der Tierheit zurück. Die Gesellschaft kann zwar in Notzeiten auch auf solche Besitztümer zurückgreifen und sie für die Zwecke der Gesamtheit in Anspruch nehmen; doch findet ihr Recht dort seine Grenze, wo seine Ausübung das Leben des Ganzen zerstört, statt es zu erhalten. So wenig wie irgend eine Gesellschaft vor ihr, kann auch die kommende kommunistische das Recht auf Besitz schlechthin verneinen und das Besitzrecht grundsätzlich, d. h. in solchem Umfange besetzen, daß es für keinen Zweig der gesellschaftlichen Güter mehr Geltung hätte. Auch sie kann es nur ihren Bedürfnissen anpassen und den Besitzstand diesen Bedürfnissen gemäß organisieren.

Der Leser erinnert sich der Ausführungen über die Zerteilung der Produktion in der kommunistischen Gesellschaft im ersten Abschnitt unserer Abhandlung: Produktion des Existenzminimums in der einen, Produktion des Uberschusses in der anderen Gruppe. Weil sich in einer Gesellschaft, die souverän über die gesamte Arbeitskraft aller ihrer Bürger verfügt, die Gegenstände des notwendigen Bedarfs leicht in ausgedehnter Menge herstellen lassen und sie daher für jeden, der arbeitet, zur Hand sind, da ferner jeder, der arbeiten will, einen Rechtsanspruch auf sein Existenzminimum besitzt, wird die kommunistische Gesellschaft den Besitz der Gegenstände des Existenzminimums nachdrücklich schützen und das Recht auf Besitz dieser Art schärfer betonen als irgend eine Gesellschaft vor ihr. Und da die Erarbeitung von Dingen aus dem Kreise der Uberschußproduktion nicht dem Luxus, sondern einer durch qualifizierte Arbeitsleistung bedingten Lebensführung und somit der Steigerung der persönlichen und gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit dient, werden auch für diese Dinge im wesentlichen die gleichen Rechtsbestimmungen gelten, wie für die eigentlichen Stücke des Bedarfs. Wenn in den Jahrhunderten des Mittelalters der Bau und die Ausstattung der Häuser des Patriziats das Werk von Generationen war, wenn die kulturelle Ueber-

legenheit der aristokratischen Schichten wesentlich auf dem Umstand beruhte, daß an den Familienstamm Jahrhunderte gearbeitet haben, warum sollte die kommunistische Gesellschaft nicht ganz allgemein die kulturelle Lebensgestaltung durch die zusammenschaffende Arbeit von Generationen zu einem Wesenszug im Bau und Leben ihrer Familie machen? Nicht wie der einzelne oder die Familie sich ihr Leben kulturell gestalten, ist für sie eine Frage der öffentlichen Interessen, sondern ob jemand anders als durch eigene Arbeit und nach eigenem Verdienst an den Lebensgütern der Gesamtheit teilhaben kann, und ob die Organe der öffentlichen Kontrolle und Verwaltung eine Uebertragung, Hinterlassung und Verwendung von Gütern in anderem Umfange und zu andern als von der Gesellschaft gewollten und gebilligten Zwecken in allen Fällen zu verhindern imstande sind.

Soweit es sich um Gegenstände des Existenzminimums und erarbeitete Dinge der Uberschußproduktion handelt, bleibt somit das Besitzrecht und ein nach den Lebenserfordernissen bedingtes Erbrecht bestehen. Dagegen werden mancherlei Dinge nur solchen Personen zugänglich sein, die sich vermöge eigener Tüchtigkeit, indem sie sich von unten auf durchsetzen, einen begründeten Anspruch auf ihre Benutzung erwerben. Es handelt sich da um eine Verwendung von Gebäuden, Wohnungen, gewissen Verkehrsmitteln und anderen Sachen, die durch gesellschaftlich leitende Tätigkeit an irgend einer Stelle, und wie es die Funktion mit sich bringt, bedingt wird, eine Benutzung, die mit der Ausübung der Funktion grundsätzlich erlischt.

Was nicht zum Kreis der Gegenstände des Existenzminimums oder der erarbeiteten Gegenstände gehört, fällt grundsätzlich unter das Eigentum der Gesellschaft. In einer kommunistischen Ordnung besteht sonach grundsätzlich kein Besitzrecht an Produktionsmitteln. Es gibt hier nur einen namens der Gesamtheit verwalteten Besitzstand. Damit ist allerdings keineswegs gesagt, daß nun die bisherigen Verwalter solcher gesellschaftlichen Güter von Haus und Hof gejagt werden. Auch in einer kommunistischen Wirtschaft müssen die Wirtschaftsmittel verwaltet und bewirtschaftet werden, und wenn nicht schon politische und wirtschaftliche Klugheit eine Rahmlegung sachmännlichen Könnens und Wissens in irgendwie erheblichem Umfange verböte, so würde sie durch den Umstand verhindert werden, daß die kommunistische Gesellschaft die Wirtschaftsmittel nur in der Verfassung übernehmen kann, in der sie sie vorfindet und daß die Umstellung sich vom Boden der gegebenen wirtschaftlichen

Situation aus vollziehen muß. Die großen Verschiedenheiten der Wirtschaftsbedingungen in den drei grundlegenden Abteilungen der Produktion, denen Rechnung getragen werden muß, bedingen auch die Berücksichtigung des bestehenden Besitzstandes. Eine kommunistische Wirtschaft ist, wie schon im ersten Teile der Abhandlung dargelegt worden, unmöglich, so lange nicht zuvor die kommunistische Gesellschaft besteht.

Hieraus ergibt sich bereits, daß die neue Vergesellschaftung mit den landläufigen Unterscheidungen von privat- und öffentlich-rechtlicher Wirtschaft, von Klein- und Großwirtschaft nichts zu tun hat. Daß der zusammenbrechende Staat der Gegenwart nicht seine Staats- und Kommunalbetriebe fortführen kann, sollte eigentlich jedem klar sein und nicht erst des besonderen Hinweises bedürfen. Kommunistische Wirtschaft heißt nicht Ausschaltung der privaten, der Einzelbetriebe, sondern bedeutet vielmehr, daß die Wirtschaft sich auf einer neuen, alle Arbeitenden als Gleichberechtigte umfassenden Organisation des Betriebs, im Rahmen gesellschaftlich aufgestellter Normen und unter Kontrolle von Organen der Selbstverwaltung vollziehen wird. Jeder Versuch, den Kleinbetrieb zugunsten von Großbetrieben schlechthin zu beseitigen, wäre widersinnig. Man vergegenwärtige sich nur die große Zahl der Betriebe mit reiner Qualitätsarbeit oder gar mit künstlerischer Arbeitsleistung, wo die Arbeitsmittel, ja der ganze Betrieb sich gegebenen Persönlichkeiten anpassen müssen, soll eine erspriessliche Tätigkeit möglich sein, wo der Arbeiter, der Künstler nach freiem Ermessen muß schalten und walten können, was nur bei freier Nutzung und Gestaltung der Arbeitsmittel und völlig freier Verfügung über sie möglich ist. Technisch gesehen werden in der kommunistischen Gesellschaft die gleichen Tendenzen wirken wie in der gegenwärtigen: Konzentration der Betriebe in der einen Zone, Neuschaffung von Kleingewerben als Hilfgewerbe der Großgewerbe in einer anderen, Erhaltung bestehender Klein- und Mittelgewerbe bei sich verstärkender Differenzierung in einer dritten. Auch in der kommunistischen Wirtschaft wird Kleinbetrieb überall dort bestehen, wo er sich als der rationellere erweist, und eine kommunistische Wirtschaft hätte nur dort ein Interesse daran, ihn auszuschalten, wo, um mit dem anonymen Verfasser zu reden, Belange der Allgemeinheit ins Spiel kommen. Kleinbetrieb und Großbetrieb, private und gesellschaftliche Betriebsführung waren in der kapitalistischen

Gesellschaft Gegensätze. In einer kommunistischen Ordnung vereinigt alle Typen des Betriebs und der Betriebsführung vermöge der vollen Selbstverwaltung und der organischen Zusammenfassung im gleichen gemeinwirtschaftlichen Rahmen.

Blicken wir zurück auf den bisherigen Gang unserer Untersuchung. Die Beseitigung der Klassen erfordert die Zusammenfassung der Arbeiterkraft und der arbeitenden Teile des Bürgertums, und diese hinwegwiderum erfordert die Ueberwindung des kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsverhältnisses im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung. Durch die Erklärung der Grundrechte der Arbeit und die Statuierung des gemeinwirtschaftlichen Obergewaltens der Gesellschaft wird das kapitalistische Gesellschaftsverhältnis rechtlich aufgehoben und damit die klassenlose Gesellschaft im Prinzip hergestellt, da die Bourgeoisie aufhört als Bourgeoisie und folglich auch das Proletariat aufhört als Proletariat zu bestehen. Der Weg wird frei für die praktische Umstellung der Wirtschaft. Sie geht von der bestehenden Verwaltung der Güter, von dem gegebenen Besitzstande aus unter Wahrung des Besitzrechtes an den Dingen des Konsums, die individuelle und gesellschaftliche Lebenserfordernisse sind. Setzt sie auch die Aufhebung des kapitalistischen Eigentumsrechts, das Aufhören einer bestimmten Form der Verfügungsgewalt über gesellschaftliche Güter voraus, so doch nicht notwendig Umrüchungen im Besitzstande selbst, da nicht der Wechsel der Besitzer oder die Beseitigung eines Teiles von ihnen, sondern nur die Umänderung des Produktionsverhältnisses selbst eine neue Gesellschaft zu schaffen vermag. Bei der praktischen Umstellung kreuzen sich also zwei Tendenzen: Die tatsächliche Auflösung der kapitalistischen Organisation und Kontrolle und die Herbeiführung einer gemeinwirtschaftlichen Sachverwaltung und Bewirtschaftung. Die Entwirrung dieses Gegensatzes ist Aufgabe der wirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Organisation.

Auf der Macht, die Einzelwirtschaft und die ganze Gesellschaft zu organisieren, beruhte in jeder Klassengesellschaft die Macht der herrschenden Klassen, weil darin die Macht schlechthin bestand. Organisation des Betriebes und Organisation der Gesellschaft sind die beiden Pole, um die sich die Aufriehung der Gemeinwirtschaft dreht.

(Fortsetzung folgt.)

Wie kommen wir aus dem Chaos?

Von Dr. Karl Strüchmann. *)

Die Abstimmung bei der Unterzeichnung des letzten Ultimatus der Entente hatte folgendes ergeben:

Für das Ja waren entschlossen, haben demgemäß gestimmt: Zentrum, Mehrheitssozialisten und Unabhängige. Die Demokraten waren schwankend. Für das Nein waren entschlossen und haben gestimmt: Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Kommunisten (die Bayerische Volkspartei allerdings mit 2 Ausnahmen). Schwankend war die Deutsche Volkspartei. Daraus ergibt sich ein Doppeltes. Einmal hat sich der Schwerpunkt des politischen Gleichgewichtes bedeutend nach links verschoben. Während vordem Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten hinter der Regierung standen, wird die Regierung jetzt im wesentlichen getragen vom Zentrum, Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen, zu denen auch die Demokraten kommen, obwohl ihr rechter Flügel bereits mehr als früher nach rechts sich wendet. Die Opposition dagegen hat sich links verschlechtert, rechts gestärkt. Bei früheren Abstimmungen gingen oft Unabhängige, Kommunisten und Deutschnationale Hand in Hand. Diesesmal stimmten für die unbedingte Ablehnung des Ultimatus Deutschnationale, Bayerische Volkspartei, der größte Teil der Deutschen Volkspartei auf der rechten Seite und auf der linken nur die Kommunisten. Also, in der Opposition sind heute die Rechtsstehenden am stärksten. Ist es da nun nicht endlich geboten, zu versuchen, aus dieser aufständigen gemeinschaftlichen Opposition nach und nach eine „Arbeitsgemeinschaft“ zu bilden?

Allerdings, wenn die Deutsche Zeitung unter Führung eines Max Maurenbrecher Aufgabe aufnimmt, die die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung rechtfertigen, dann sind wir von solcher Arbeitsgemeinschaft noch weit entfernt. Ich hoffte, daß die Deutsche Zeitung nach und nach das Organ derjenigen Kreise werden würde, welche immer mehr Anschauungswerte der proletarischen Welt in ihr Waffenarsenal aufnehmen

*) Wir veröffentlichen gern diesen Aufsatz Dr. Karl Strüchmanns, des Führers der christlich-revolutionären Bewegung, möchten aber zu den einseitigen Sätzen bemerken, daß wir es nach der ganzen Vergangenheit Maurenbrechers für ausgeschlossen halten, daß er den vom Verfasser gehegten Erwartungen jemals entsprechen könnte. Die vom Verfasser angeregte Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien der Rechten und der kommunistischen Partei Deutschlands ist eine Illusion. Die Redaktion.

würden. So hatte ja Maurenbrecher als Erster den Mut, die passive Resistenz vorzuschlagen. Wahrscheinlich wäre auch eine Einheitsfront geschaffen worden auf Grund der passiven Resistenz von den Deutschnationalen bis zum rechten Flügel der Unabhängigen, wenn man die sichere Garantie hätte, daß man auf der radikalen, deutschölkischen Seite endlich den Befreiungskampf des Proletariats verstanden und anerkannt hätte.

Wenn man aber in der Deutschen Zeitung den Aufsatz „Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ von Friedrich Fries durchliest, dann muß man allerdings den Führern des Proletariats recht geben, wenn sie sagen, hütet euch vor rechts, hütet euch auch vor den radikal völkischen Kreisen. Daher dürfte es wichtig sein, einmal zu betonen und ausführlich darzustellen, was zur Stunde im Geschehen sich vollzieht. Wir müssen endlich die Kraft gewinnen, uns frei zu machen von historischer Befangenheit, die uns den Blick für die Gegenwart trübt. Es handelt sich heute nicht um die Wiederholung der Zeit von 1806/07. Damals fand auch eine große Niederlage statt. Aber die nationale Niederlage, die wir erlebt haben, ist nebenbei im Vergleich zu dem Sturz der arischen Ständeordnung, der erfolgt ist. Wenn es nicht endlich gelingt, eine Neuordnung der Dinge herzustellen, dann wird bei der nationalen Erhebung derselbe Gegensatz sich wieder geltend machen, der im November zur Revolution geführt hat. Und zwar wird die nationale Erhebung von viel kürzerer Dauer sein, wie 1914, weil der Gegensatz sich viel mehr verstärkt hat, der Gegensatz von Reichtum auf der einen Seite und Not und Mangel auf der anderen Seite, der Gegensatz von Schwindel, Gesetzesübertretung, allgemeiner Unehrlichkeit auf der einen Seite und Hochhalten alter sittlicher Werte auf der anderen Seite. Was uns 1914 und dann noch 4 Jahre wesentlich trug, waren die ethischen Werte der Vergangenheit. Die sind jedoch in der Zeit von 1914/18 verbraucht worden. Allerdings ist ein kleiner Rest gerettet worden und wird von einer kleinen Schaar deutscher Männer und Frauen sorgsam gehütet. Aber dieser Rest wird bald erschöpft sein und dann dürften wir einen viel schlimmeren Zusammenbruch erleben, als es 1918 der Fall war. Aber was ist denn im November 1918 geschehen? Der Wehrstand, der führte

und ein Teil des Lehrstandes ist gekürzt worden im wesentlichen durch die Arbeiterschaft, welche für ganz kurze Zeit die Zügel der Regierung in die Hand genommen hat, sie aber nicht halten konnte. Dann fiel die Herrschaft an den Handelsstand, der alle Dinge nur betreiben kann vom Geschäftsstandpunkt. Dieser Handelsstand verstand es, immer größere Teile der Arbeiterschaft, wie auch des Lehrstandes mit seinen Anschauungen zu vergiften. Auf der anderen Seite ist es ihm gelungen, die Besten des Wehrstandes immer mehr zu vernichten, denn er fürchtet ja nichts mehr als eine Rückkehr des alten Wehrstandes. Auch die Arbeiterschaft fürchtet die Rückkehr des alten Wehrstandes, weil die führende Schicht im Laufe des letzten Jahrzehntes, vor Ausbruch des Weltkrieges immer mehr in die Hand der Händler geraten war, weil sie nicht mehr stand im Dienste der Idee. Nach uraltem arischen Wissen soll die Führung eines Volkes liegen in den Händen des Lehrstandes, des alten Rates, der Weisen, der Brahmanen. Denn diese Weisen stehen restlos im Dienste der Idee. Nur von solchen Kreisen, die restlos im Dienste der Idee stehen, kann man fordern Verzicht auf alles Eigene, so auch den Verzicht auf Besitz zu Gunsten der Idee. Der 2. Stand ist der Wehrstand, dem das Schwert anvertraut ist. Er soll ebenfalls arbeiten und stehen im Dienste der Idee. Was hat das deutsche Volk im Mittelalter geleistet, als Schwert (2. Stand) und Kreuz (1. Stand) Hand in Hand gingen? Damals wurde das ganze Land östlich der Saale und Elbe mit Hilfe des Schwertes germanisiert und mit Hilfe des Kreuzes christianisiert. Damals geschah es, daß der ganze Schwerpunkt des deutschen Volkstumes vom Mutterland, das westlich lag, allmählich in das Kolonialland östlich von Saale und Elbe verschoben wurden: nach Berlin-Potsdam und nach Wien. Zur Zeit der Reformation hörte diese Ausdehnung auf, weil seitdem ja Kreuz und Schwert nicht mehr Hand in Hand gingen, weil eben die religiöse Einheit zerstört war.

Dem 1. und 2. Stand untergeordnet ist der Nährstand, an dessen Spitze der Kaufmannsstand, der Handelsstand steht. Steht der Kaufmannsstand im Dienste des 1. und 2. Standes, dann ist ihm ja etwas Königliches zu eigen, er steht dann im Dienste einer Idee. Ist er aber schlechtweg auf den Erwerb, den Mammon eingestellt, dann muß er abwärts führen, wird er aber gar zum Führer, so muß das ganze Volk zum Krämervolk werden. Jesus hat das ganz klar erkannt und entschieden: man kann nur einem der beiden Herren dienen, Gott, dem Geist, der

Idee, der Wahrheit oder dem Mammon, dem Geld. Hier liegt die Entscheidung für alle diejenigen, welche in Zukunft Deutschland aus dem Sumpf, aus dem Elend herausführen müssen. Hier liegt auch die Entscheidung für die Maßnahmen und die Richtung, welche der kommende Diktator zu nehmen und einzuschlagen hat!

Friedrich der Große hat das preußische Volk durch eine viel größere Not hindurchgeführt als die Not ist, durch welche das deutsche Volk während des Weltkrieges hindurchgehen mußte. Ihn leitete die Idee, die er selbst ausdrückte in dem Satz: Ich bin der erste Diener des Staates, und welche Kant dann später in die Formel des kategorischen Imperativs (der unbedingten Pflichterfüllung, des harten Solls im Dienste der Gesamtheit) kleidete. Wer immer in Zukunft Deutschland aus dem Wirrwarr zu retten hat, den muß eine ähnliche sittliche Idee führen; er selber muß im Dienste Gottes stehen und er muß alle Kräfte von sich weisen mit harter Hand, welche irgendwie im Dienste des Mammons stehen.

Gott oder Mammon? Vor diese Frage ist das deutsche Volk gestellt werden. Es hat sich bereits im Weltkrieg und mehr noch nach der Revolution für den Mammon entschieden. Welche klägliche Rolle hat das deutsche Bürgertum, der dritte Stand gespielt während der Revolution und während des Rapp-Putschs! Alles drehte sich bei ihm um die Sicherheit des Portemonnaies. Man war zu jedem Zugeständnis bereit, man willigte in jeden Verrat, wenn nur das Geschäft nicht gestört wurde und die Sicherheit des eigenen Geldbeutels garantiert wurde. Von diesem Gesichtspunkt aus versteht man auch die Zustimmung zum Frieden von Versailles, zu den Beschlüssen von Spa und jetzt wieder zu den Sanktionen der Entente. Nichts von idealen Werten, nur grenzenlose Angst vor dem Verlust des Mammons. Im Bürgertum ist im allgemeinen von einem Ethos nichts mehr zu spüren. Ganz anders steht es beim Proletariat, die treibende Kraft ist auch heute noch ein revolutionäres Ethos, wenn auch mammonistische Gedanken seit der Revolution in der Arbeiterschaft immer stärker geworden sind. Man will eine neue Welt, man will eine sittliche Neuordnung der Dinge.

Nun können aber die Massen selbst niemals führen, die bedürfen dringend der Führer. Die Führer können aber nur aus der Reihe der Kopfarbeiter im allgemeinen kommen. So stehen wir wieder vor dem alten Problem, vor dem das deutsche Volk vor den Novembertagen 1918 gestanden hat, der Vereinigung der Kopf- und Handarbeiter.

Im August 1914 stellte sich die Arbeiterschaft, stellten sich die Roten in den Dienst des Ganzen,

vertrauten sich der Führung von rechts an (selbst ein Liebknecht war damals noch nicht gegen den Krieg). Nach und nach aber erkannte die Mannschaft, daß die Führer aus der Oberschicht, die sich immer mehr in den Dienst des Händlerstandes, des Mammons gestellt hatten, angekauft waren. Je länger der Krieg dauerte, je mehr die besten fielen, um so deutlicher offenbarte sich die Fäulnis in der führenden Schicht. So kam der Zusammenbruch. Der Zusammenbruch kam nicht deswegen, weil die Roten den Weißen keine Gefolgschaft mehr leisteten, das haben sie im Jahre 1914 restlos getan. Nein, Führung kann nur derjenige beanspruchen, der wirklich führt, der wirklich der Erste ist. Unsere Oberschicht entpuppte sich während des Krieges immer weniger als zur Führung berufen. Dann suchte die Arbeiterschaft für kurze Zeit selbst die Führung in die Hand zu nehmen, aber das mußte mißglücken, weil sie selber keine Führer stellen konnte, und doch lebt im Proletariat der große sittliche revolutionäre Gedanke: fort mit allem Mammonismus, fort mit aller Geld- und Finanzwirtschaft. Gegen den Mammon ist im tiefsten Grunde das deutsche Proletariat eingestellt. Selbstverständlich versucht der Händlerstand diese ihm so gefährliche Tendenz des deutschen Proletariats immer wieder zu vergiften, indem er als der große Versucher auftritt und das Proletariat immer wieder zu neuen Geldforderungen reizt, d. h. immer wieder veranlaßt, dem Mammonismus selber Opfer zu bringen. Hier fehlt der deutschen Arbeiterschaft der Führer. Hier fehlt dem deutschen Proletariat die leitende, rettende sittliche Idee.

Die Idee kann nur der reinen Jesuslehre entnommen werden. Fort vom Mammon, zurück zu Gott. Somit kann Führer nur sein Jesus, der mit der Geißel in der Hand die Vertreter des Mammons, die Wucherer und Geldleute aus dem Tempel trieb. Wie kann aber Jesus zum Führer des Proletariats werden, solange Kirchen und Geistliche noch zum Händlerstand halten? So lange sie sich nicht restlos in den Dienst der aufsteigenden Schicht stellen? Ach, wie kläglich erscheint dem ruhigen Beobachter die jetzt die Führer des ersten und zweiten Standes spielen. Wie bedingungslos hat sich im August 1914 das Proletariat der Führung von rechts anvertraut, bedingungslos waren sie zu jedem Opfer bereit. Allerdings im Winter 1918/19 hat sich Hindenburg — und seinem Beispiel folgten die meisten Führer — dem Proletariat, das damals die Herrschaft in der Hand hatte, zur Verfügung gestellt. Ohne Aufzubegehren ließ man damals die Zertalmierung des Wehrstandes zu. Aber als dann die Arbeiterschaft versagte, genau so, wie von 1915/18

die führende Oberschicht versagt hatte, da machte man denselben Fehler, den das Proletariat im Herbst 1918 beging. Man tat alles, um die Revolution niederzuschlagen.

Tat man wirklich gut daran? Haben die jungen Offiziere nicht vielleicht Recht gehabt, die im März 1919, als der Rapp-Putsch verunglückte, bereit waren, sich einer überparteilichen Arbeitervereinigung zur Verfügung zu stellen. Wäre dieses Opfer, was die jungen Offiziere zu bringen bereit waren, von der gesamten Kopfarbeiterchaft gebracht worden, so hätte das Proletariat den Glauben wieder gewonnen an die führende Kulturschicht in Deutschland. Denn nichts wirkt so sehr anfeuernd auf andere als die opferwillige, selbstlose Tat.

Oder soll es wieder geschehen, wie in Zeiten der Reformation, als Luther sich auf Seiten der Fürsten stellte und die aufsteigende Bauern- und Kleinbürgererschaft gewaltsam niederwarf? Was für Unglück ist dadurch in Deutschland entstanden! Man schaue nach England. Dort war 150 Jahre später in der glorreichen Revolution der Bauern- und Kleinbürgerstand siegreich. Der Sieg dieser revolutionären Kräfte hat den Grund gelegt zur heutigen Weltmachstellung des Angelsächsentums. Ich weiß sehr wohl, welche chaotischen Kräfte in der Arbeiterschaft wirksam sind. Es ist doch nichts anderes, als blinder Drang blinder Wille, welcher das Alte stürzen und durch den Sturz des Alten zum Neuen kommen will. Solche gewaltige Urkräfte lassen sich nicht niederschlagen, wenn man nicht die besten Kräfte eines Volkes niederschlagen will, Urkräfte müssen geordnet werden. Solche Ordnung kann aber nur gebracht werden von Führern, welche aus den alten Kulturschichten stammen. Mit anderen Worten: 1914 folgten die Linken dem Ruf von rechts, heute muß die mehr oder weniger rechtsstehende Führerschaft dem Ruf von links sich anschließen. Hier müßte die Deutsche Zeitung unter Führung von Maurenbrecher vorangehen.

Nur Männer machen Geschichte. Männer aber befinden sich allein ganz rechts oder ganz links. Geschichte wird immer nicht gemacht durch Blut und Eisen. Nur derjenige, der bereit ist, für die Idee das Letzte, das eigene Leben hinzugeben, nur derjenige wird an der Zukunft bauen. Wie kläglich hat sich das Bürgertum benommen in der Revolution und nach der Revolution. In den Tod für die Idee gingen die Männer von rechts, Offiziere und Akademiker und die Männer von links, die Proletarier. Sollen denn noch immer länger diese Männer gegen einander geführt werden? Sollen denn noch immer mehr diese Männer, die wir in Deutschland noch haben, sich gegenseitig vernichten?

Sollen unsere letzten besten Kräfte noch ganz verschwendet werden? Nein, es gilt, das letzte beste Blut noch zu retten, es gilt, die neue Form zu finden, unter welcher sich die Besten von rechts und links vereinigen können, um unser Volk wieder aus all dem Chaos heraus zu neuen Höhen zu führen.

Jegliche Revolution gebiert den Diktator. In England war es Cromwell, in Frankreich Napoleon, in Rußland Lenin, welche wieder im Innern Ordnung brachten und nach außen die Machtstellung des Staates wieder hoben. Diese Diktatoren stammten naturgemäß von links. So muß auch bei uns der Diktator von links kommen. Erwartet ihn nicht von rechts, das würde sich als eine schwere Enttäuschung erweisen und den Genesungsprozeß in unserem Volke in unverantwortlicher Weise verlängern. Ein zu langes Krankenbett ist aber nicht bloß gefährlich für den Einzelnen, sondern in gleicher Weise für ein ganzes Volk. Somit ergibt sich eine dreifache Forderung:

1. Kopf- und Handarbeiter müssen sich endlich finden, beide müssen sich stellen in den Dienst der gleichen Idee, welche heißt: gegen den Mammon, gegen Geld- und Zinswirtschaft.

2. Diese Idee muß eine ethisch-religiöse Begründung erhalten. Wenn ich mich reiflos gegen den Mammon entscheide, muß ich für Gott, für die Idee Partei nehmen. So muß unser Volk sich selber zurückfinden zu Jesus und zwar zu dem Jesu, der das härteste Wort gegen den Mammon geformt hat und welcher mit der Weisheit in der Hand eigenhändig die Geldleute aus dem Tempel jagte.

Paul Levi auf dem Wege zum Ziel.

L. u. W. Seit Paul Levi, der verflorene Diktator des Spartakusbundes und der kommunistischen Partei Deutschlands, von Moskau den bekannten Fußtritt erhielt, war er ein wenig hinter die Kulissen jener großen Schieber- und Gaunerpolitik getreten, als deren markantester Exponent er seit dem Beginn der Revolution als Verbindungsmann zwischen der Frankfurter Börse, dem deutschen Spartakismus und dem russischen Bolschewismus operiert hatte. Die Gefälligkeit der preußischen Polizei hatte dem „Vorwärts“ Dokumente zugänglich gemacht, die für die Politik der kommunistischen Partei Deutschlands katastrophal, Herrn Paul Levi als den großen Geist erscheinen ließen, der vergeblich

3. Es gilt, die noch chaotischen, in blindem Umsturz sich noch betätigenden Kräfte des aufsteigenden vierten Standes zu ordnen. Die Idee läßt sich nicht vernichten, indem man die Träger der Idee vernichtet. Diese chaotischen Kräfte des Proletariats wollen geordnet und fest in die Hand genommen werden. Das wird nur möglich sein durch die eiserne Hand eines Diktators, der allein von links kommen kann. Er wird aber nichts wirken können, solange nicht die führende Kulturschicht unseres Volkes und vor allem die Jugend bereit ist, das große Opfer zu bringen und sich reiflos in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklassen zu stellen.

Dringend empfehle ich das Büchlein „Die Berechnung der Geschichte und Deutschlands Zukunft“ von Dr. Max Kemmerich, Verlag Huber, Dießen vor München, zu lesen. Kemmerich, welcher den Weltkrieg und die Revolution vorausgesehen hat, prophezeit das Kommen eines deutschen Cromwell, der einen Einheitsstaat aller Deutschen aufrichtet und Deutschland auf die höchste Stufe der Macht führen wird. Ich schließe mit den Worten, mit denen Kemmerich seine Darstellungen ausklingen läßt:

„Das Ende der Periode, vielleicht sogar deren Mitte, wird Deutschland — und das mag allen jenen, die über der verzweifelten Augenblickslage sich nicht getrauen, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken, Mut geben — unfehlbar als Vormacht Europas sehen, stärker, reicher und größer, als es seit den Zeiten der salischen Kaiser jemals war.“

versucht hatte, jenen Märzaufruch in Mitteldeutschland zu verhindern, und der parteipolitisch das Opfer seiner Warnung geworden war. Die sozialdemokratische Presse, beglückt über eine Dokumentensammlung, die ihr gestattete, die erbärmliche Rolle ihres Moskaneers Höring vor den deutschen Arbeitermassen in anderem Lichte erscheinen zu lassen, begann sich mit Herrn Levi zu solidarisieren. Der Zerfall der kommunistischen Partei Deutschlands, die Wahrscheinlichkeit, daß eine starke Gruppe von Politikanten aus jenem Lager sich um Paul Levi sammeln wird, um neben den sozialdemokratischen Parteien im gegebenen Augenblick Regierungswaffen zu übernehmen, stärkt die politische Stellung dieses parlamenta-

rischen Börsemannes derart, daß es notwendig ist, an seine bisherigen Taten zu erinnern, wenn Deutschland davor bewahrt bleiben soll, sei es auch nur für kurze Zeit, eine parlamentarische Levitenregierung zu erleben.

Wir haben uns mehrfach veranlaßt gesehen, diesen Mann vor der deutschen Öffentlichkeit so zu kennzeichnen, daß selbst das Hamburger Echo sich bemüht hat, in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1921 zu erklären, daß, wenn die gegen Dr. Paul Levi erhobenen Vorwürfe nicht vollständig entkräftet werden könnten, daß dann an diesem Herrn eine „moralische Hinrichtung“ vollzogen sei. Das Hamburger Echo hat erfahrungsgemäß ein sehr kurzes Gedächtnis — die deutsche Öffentlichkeit anscheinend desgleichen, und deshalb erscheint es angebracht, noch einmal deutlich darzustellen, wer Paul Levi ist und welche Rolle er bisher gespielt hat. Zu diesem Zwecke bringen wir in Auszügen mit einigen verbindenden Bemerkungen Veröffentlichungen erneut zum Abdruck, die seit April 1920 teils in der sozialdemokratischen Presse, teils in Flugschriften und Broschüren erschienen sind. In allen diesen Veröffentlichungen wird dargelegt, daß Paul Levi im Interesse des internationalen Finanzkapitals nicht auf die deutsche Revolution, sondern auf die Niederlage Deutschlands im Weltkriege hinarbeitete, daß er nach der vollzogenen Revolution in Deutschland den Bürgerkrieg organisierte, daß viele Millionen von Geldern unkontrolliert durch seine Hände gingen, die der Korrumpierung der deutschen Revolution dienten, daß er in Beziehung zu dem internationalen Spion und englischen Agenten Trebizsch-Lincoln gestanden hat, kurz, daß er als der Judas und Aßes der deutschen Revolution zu bezeichnen sei. Mag dieser internationale Agent sich heute in der Rolle des Richters über einen kleinen Hohlkopf wie Eberlein gefallen, die deutsche Öffentlichkeit soll wissen, daß Eberlein und die übrigen Mitglieder der jetzigen Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands in dem sog. Märzputsch nur die Methoden anzuwenden bestrebt waren, die sie von ihrem früheren erhabenen Chef und Brotgeber Paul Levi erlernten. Möge dieser Herr heute seine Schüler denunzieren, um die eigene Haut zu retten, seine Denunziantenpose ändert nichts daran, daß der ganze Märzputsch, daß die ganze heutige Taktik der K.P.D. nicht möglich wäre, ohne die Lockspitzeltätigkeit eines Levi, den wir eben wegen dieser Lockspitzeltätigkeit und der ihr folgenden Denunziation heute mit noch größerem Recht als Aßes bezeichnen.

In der Schrift „Kommunismus gegen Spartakismus, eine reinliche Scheidung“, die am 1. Mai 1920 von den Verfassern herausgegeben wurde, findet sich die folgende Darstellung der Tätigkeit Paul Levis vor und zu Beginn der Novemberrevolution:

Die russische Revolution, der Sieg der Bolschewiki, der Friede von Brest-Litowsk gaben der revolutionären Bewegung in Deutschland trotz der entgegenstehenden Hemmnisse einen gewaltigen Anstoß und lösten die Periode der ersten politischen Massenstreiks aus. Aber erst die Ueberspannung der militärischen Kräfte im Westen und der Zusammenbruch der sogenannten Bundesgenossen im Osten schufen jene Situation, in der mit dem Ausbruch einer revolutionären Volkskürhebung unmittelbar gerechnet werden durfte. Diese Erhebung von vornherein so zu gestalten, daß sie nicht zur allgemeinen Katastrophe, zur weltpolitischen Niederlage, sondern zum Siege der deutschen Revolution nach innen und außen führte, mußte die Aufgabe aller jener Männer in Deutschland sein, die im Vordergrund der revolutionären Bewegung standen.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, beteiligten sich die Hamburger Linksradikalen an einer Konferenz aller revolutionären Gruppen des deutschen Proletariats, die von der Leitung des Spartakusbundes in den ersten Oktobertagen 1918 nach Berlin einberufen war. In den Folgen und Ergebnissen dieser Konferenz liegt die ganze geschichtliche Tragik der ersten Epoche der deutschen Revolution beschlossen. Alle Zeichen der weltgeschichtlichen Situation deuteten darauf hin, daß mit einem gewaltigen Schläge der deutschen Revolution der Weltkrieg gegen das Weltkapital entschieden werden konnte. Alle kriegführenden Länder des europäischen Kontinents waren mit ihren physischen und psychischen Kräften zu Ende. Alle hatten mehr oder minder die Revolution im Leibe. Das Friedensbedürfnis in den breiten Schichten des Volkes war nicht auf Deutschland und seine Verbündeten beschränkt. Gelang es Deutschland, der damals noch stärksten und gefürchtetsten Militärmacht, jene revolutionäre Politik zu treiben, wie Lenin sie in seinem zitierten Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter für die russischen Verhältnisse vorgezeichnet hat, so war die größte Durchbruchschlacht der Weltrevolution entschieden. Voraussetzung hierfür war lediglich, daß die deutschen Fronten nicht auseinanderließen, daß die revolutionäre Politik sich von allen pazifistischen Tendenzen und besonders von den Interessen des Handels- und Finanzkapitals frei zu halten verstand. Die revolutionäre Umorganisation der Heere hätte nach vollzogener

Erhebung im Innern keine Schwierigkeiten bereitet, wie die sofortige Einwilligung der obersten Heerführer, auch unter einer Revolutionsregierung die nötigen Operationen zu leiten, so unumstößlich beweist, daß kein mäkelndes Gebelsetz Kadek-Struthahn an dieser Tatsache das geringste ändern kann.

Im Mittelpunkt der Diskussionen auf jener Konferenz stand die bevorstehende Volkshebung. Alle Vertreter von Organisationen stimmten darin überein, daß es mit dem Beginn der Erhebung sofort darauf ankäme, die entseffelten revolutionären Volkskräfte wie einen ehernen Hammer zusammenzuschweißen, und daß gerade dies und zunächst nichts anderes die Aufgabe der zu erwartenden Arbeiter- und Soldatenräte zu sein habe. Die unglückliche Führerpolitik des Spartakusbundes, dessen wirkliche Führerpersönlichkeiten zu jener Zeit in Zuchthaus und Gefängnis saßen, hat es ermöglicht, daß das schamloseste Subjekt aller Zeiten und aller Länder, daß der Judas der deutschen Revolution, daß Paul Levi durch die Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes, durch die Verfügung über dessen Gelder, durch die besonderen internationalen Verbindungen über die dieses Subjekt verfügt, den herostratistischsten Akt der Weltgeschichte vollziehen, und daß eine schon in ihren ersten Anfängen gewaltige, revolutionäre Volkshebung von gigantischer Kraft in eine wüste Orgie der Käuflichkeit, Feigheit, Jämmerlichkeit — und schließlich Selbstherrlichkeit der Arbeiterklasse verwandelt werden konnte.

Dieses Subjekt Paul Levi hatte jener Konferenz ein Flugblatt unterbreitet, in welchem er anführte, daß die deutsche Revolution schon eingeleitet habe — und zwar mit dem Beginn der Desertion an den Fronten. Die Soldaten wurden aufgefordert in Massen die Front zu verlassen und sich in ihre Heimatsorte zu begeben. Dort sollten Stationen eingerichtet werden, um sie in Empfang zu nehmen und weiter für sie zu sorgen. Gegen diese Stellen des Flugblattes protestierte mit aller Entschiedenheit der Hamburger Vertreter, einer der Verfasser und erklärte, daß die deutsche Revolution nicht mit der Zerlegung, sondern mit der Erhebung beginne. Wer in den Desertionen revolutionäre Erhebungen sehe, der mache dadurch die Deserteure zu Vorkämpfern der Revolution, was eine allgemeine Demoralisation zur Folge haben müsse. Die deutsche Revolution würde dadurch an das Ausland ausgeliefert und der Sieg des anglo-amerikanischen Finanzkapitals entschieden. Die gesamte pazifistische Presse Deutschlands hatte sich damit bereits abgefunden, sei, wie es aus der Propaganda

für die 14 Punkte Wilsons hervorgehe, bereit Deutschlands Selbständigkeit preiszugeben und verfolge als Ziel nur noch die Aufnahme eines stark verkleinerten Deutschlands in den sogenannten Völkerbund, der nichts anderes sei als ein Versuch, das Kapital der Erde in einer allumfassenden Organisation zusammenzuschließen unter alleiniger Führung des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital. Die allgemeinen Ausführungen, denen eine Schrift zu Grunde lag, die vom Spartakusbund später unterschlagen und vernichtet wurde, fanden trotz des Widerpruchs des Subjekts Levi fast den einmütigen Beifall der Konferenz. Der Antrag aber, der die Streichung jener auf die Deserteure bezüglichen Stellen forderte, wurde einstimmig angenommen und eine Redaktionskommission eingesetzt, um das Manuskript noch einmal zu überprüfen. Levi, der selbst Mitglied dieser Redaktionskommission war, hat es verstanden ihren Zusammentritt zu verhindern. Er versprach dem Hamburger Delegierten, der in die Garnison zurückfahren mußte, in die Hand, daß „selbstverständlich“ die von der Konferenz beanstandeten Stellen entfernt werden würden. Trotzdem ließ er das Flugblatt in dem ausdrücklich und einstimmig zurückgewiesenen Wortlautingewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, wo es wie Sprengpulver gewirkt hat. Nicht genug damit, hat er es in der Folge vermöge der gewaltigen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel und vermöge der Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes verhindern, die deutsche Revolution zu desorganisieren und diese von ihm herbeigeführte Desorganisation im Innern und nach außen als die allgemeine Politik der deutschen Revolutionäre erscheinen zu lassen.

Hier liegen die Wurzeln der katastrophalen Politik des Spartakusbundes während der ersten Phase der Revolution. Liebknecht und Luxemburg sind dabei genau so die Opfer dieses Aeser der deutschen Revolution geworden, wie die zahlreichen Arbeiter und Soldaten, die in einem Bürgerkriege verbluteten, dessen Karten er so geschickt zu mischen wußte, daß er in jedem Augenblick den Wünschen der militärischen Reaktion, die nach einer neuen Konsolidierung militärischer Machtmittel lüftern war, in die Hände spielte. Die Beherrschung der Deserteure als „Helden der Revolution“, der Aufruf, das Heer zu verlassen im Namen der Revolution, entschied über den Zusammenbruch der Front und damit über den Sieg des

stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital. Die Zusammenfassung dieser desertierten „Vorkämpfer der Revolution“ im Roten Soldatenbund ließ alle regulären Truppenteile des revolutionierten Heeres als „Konterrevolutionär“ erscheinen und barg schon durch diese eine Tatsache die Gewähr in sich für den Ausbruch des Bürgerkrieges — unter dem Deckmantel des revolutionären Klassenkampfes, als dessen Märtyrer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gefallen sind. Die Schaffung einer bewaffneten Prätorianerbande mit den unerhörlichsten Mitteln und im Dienste dieses Spießgesellen des internationalen Finanzkapitals, der den Bürgerkrieg zu einer programmatischen Forderung erhob und ihn zum alleinigen Ziel und Inhalt der revolutionären Bewegung machte, führte mit tödlicher Sicherheit zur Eröffnung des inneren Krieges, in welchem die deutsche Arbeiterklasse sich selbst zerstückte und Teile von ihr der durch die Taktik dieses Verbrechens gezüchteten weißen Garde ausgeliefert wurden. Wie sehr diese Taktik den Wünschen gewisser Militärs entsprach, zeigt der blutrünstige Eifer, womit die preußischen Gallifets sich von den Januartagen an auf die revolutionären Arbeiter stürzten, wo immer ihnen dazu die Gelegenheit geboten wurde.

Wenn Anfang Januar 1919 eine Verschmelzung des Spartakusbundes mit den linksradikalen Gruppen des Nordens zustande kam, so ist diese Vereinigung nur dadurch möglich gewesen, daß die Aeser-Natur jenes Drahtziehers des Spartakusbundes noch nicht klar in Erscheinung getreten war, und daß er damals seine erbärmliche Rolle nur hinter den Kulissen spielte. Im Vordergrund der Spartakus-Organisation standen noch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von denen uns zwar mancherlei grundsätzliche und taktische Gesichtspunkte trennten, wie auch die Einschätzung der revolutionären Gesamtsituation auf unserer Seite anders war, als bei ihnen, mit denen aber die Organisationen des Nordens sicherlich so gut wie früher in einer Partei zusammen sein konnten, um dann im Rahmen der Organisation die Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Trotzdem haben die Verfasser der Verschmelzung entschieden widerrufen und widersprochen. Aber der eine fand damals durch seine politische Tätigkeit im Arbeiterrat keine Zeit und Möglichkeit, sich mit Parteiproblemen zu beschäftigen und der andere war durch die Ueberspannung seiner Kräfte im Kampf gegen die zerlegenden Tendenzen, die seit dem Beginn der Revolution hervortraten, gezwungen, sich für längere Zeit von jeder aktiven Politik zurückzuziehen.

Auf diese Weise durch die Organisationen

vor die vollendete Tatsache der Verschmelzung mit dem Spartakusbund gestellt, haben wir seitdem unsere Aufgabe darin gesehen, innerhalb der neugegründeten Partei den Kampf gegen die vom Spartakusbund auch hier fortgesetzte Politik zu führen. Sobald die Organisationen die Praxis und die Methoden des Bundes erkannten, war auch für sie die Aufnahme des grundsätzlichen Kampfes gegen spartakistische und für kommunistische Politik ein selbstverständliches Gebot. So kam es zur Spaltungskonferenz von Heidelberg im Herbst 1919, auf der das Subjekt Paul Levi, das inzwischen zum Parteivorständigen sich hinaufmanövriert hatte, erstmalig nach Gebühr gekennzeichnet wurde. Alle Zusammenhänge seiner verbrecherischen Tätigkeit lagen damals freilich noch nicht klar zu Tage. Seine Verbindung mit Trebitsch-Lincoln erst hat blitzartig den gesamten Komplex der Zusammenhänge beleuchtet. Die Verbindung mit diesem notorischen englischen Lockspiegel, den er nach eigener Veröffentlichung seines Parteiorgans als Sturmbock gegen die „kommunistische Arbeiterpartei“, die aus der Loslösung der kommunistischen Arbeiterschaft von dem Spartakusbund entstanden ist, zu verwenden beabsichtigt, obwohl er weiß, daß dieser Zuchthäusler, Wechselfälcher und Spion ein bezahlter Agent der englischen Regierung ist, erst diese Verbindung macht die Rolle des Levi in der deutschen Revolution völlig klar. Der Mann, der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden, zu enthüllen, mit welchem englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandelte. Und er wird vielleicht sich bereit finden müssen, neugierige Fragen nach der Herkunft der ihm nach eigenem Geständnis durch die Finger gleitenden vielen Millionen anders zu beantworten, als auf der Heidelberger Konferenz, wo seine Antwort in dem Hinauswurf der neugierigen Frager bestand.

Nicht nur in Berlin wurde durch die spartakistische Methoden eine bewaffnete Niederschlagung der revolutionären Arbeiterklasse möglich. Die Münchener Räterepublik war in ihrem spartakistischen Gewande die notwendige Folge der von der Zentrale des Spartakusbundes in Berlin befolgten Politik. Hierüber findet sich in der von uns im November 1920 herausgegebenen Schrift „Moskau und die deutsche Revolution, eine kritische Erleuchtung der bolschewistischen Methoden“ die folgende Darstellung:

Als nach Eisners Ermordung beim Zusammenritt des bayerischen Landtags der Münchener Zentralkomitee nicht den Mut besaß, dauernd wieder die Macht in Besitz zu nehmen, schuf er eine aus Rechtssozialisten und Unabhängigen bestehende Regierung mit diktatorischen Vollmachten, die der Landtag beauftragte. Gegen sie richtete sich jener Putsch, der in den ersten Apriltagen zur Ausrufung der bayerischen Räterepublik führte. Plump angelegt, stand ihm die rechtssozialistische Provokation an der Stirn geschrieben. Die Leitung der Kommunisten in München lehnte jede Beteiligung ab, weil selbstverständlich mit rechtssozialistischen Bonzen an der Spitze sich eine lokale Erhebung weder gegen die Landesregierung, in der die Rechtssozialisten den Ton angaben, noch gegen die Reichsregierung durchführen ließ, die sich völlig in deren Händen befand. Aber mit dieser vernünftigen Haltung war die Berliner Leitung des Spartakusbundes keineswegs einverstanden. In der Roten Fahne gab sie die durchsichtige und eindeutige Parole aus, daß die Kommunisten alle Kraft daran zu setzen hätten, die Schwächen der Bewegung zu überwinden und die Aktion auf die Höhe der kommunistischen Plattform zu erheben, wenn sie nicht darauf stünde. Und als Berliner Kommissar und Spezialgesandter der Spartakuszentrale tauchte in München der Mann auf, der jener Zentrale damals am wenigsten genehm und ihr wegen seiner Herkunft aus der linksradikalen Bewegung verdächtig war, der ihr deshalb am meisten geeignet schien, sich gründlich zu kompromittieren. Nach dem Eingreifen der Zentrale tritt in der Haltung der Münchener Kommunisten eine auffällige Schwänkung ein. Weil die simple und harmlose Räteregierung bereits am Verenden war und ihr Absterben die Absichten der Konterrevolution vereitelt hätte, unternahm die scheinbar im ersten Schrecken davongelaufene Landesregierung gegen sie einen Handstreich, nicht um das Räteabenteuer vollends zu erledigen, sondern um es erneut ins Leben zurückzupellen. Die Kommunisten aber stellten sich jetzt an die Spitze der Bewegung und führten sie. Der Putsch der Regierung wird zurückgeschlagen, eine neue Räteregierung wird geschaffen und alle Vorbereitungen werden begonnen, um den Kampf mit der Landesregierung aufzunehmen, die, von Noske und seinen Generälen unterstützt, von allen Seiten bereits Truppenkontingente heranzieht, um mit München die Revolution in ganz Süddeutschland zu erledigen. Als dann die Tragödie den Abschluß findet, den die Leitung der Münchener Kommunisten vorausgesehen hatte, den jeder Denkfähige im Voraus wußte und über den die Zentrale des Spartakusbundes so wenig

im Zweifel gewesen sein kann wie die übrigen Menschen mit politischer Urteilskraft, da tadelt die Spartakuszentrale zwar die Aufnahme des Endkampfes, aber sie billigt ausdrücklich die Erneuerung der Räteregierung und die Vorbereitungen zum Zusammenstoß, sie lobt jene Schwänkung, die den Konflikt mit der Reichsregierung im Schoße barg und unter den damals gegebenen Machtverhältnissen notwendig mit der Zerschmetterung der Revolution in der süddeutschen Hauptstadt enden mußte, sie billigt und lobt, weil die Haltung der Kommunisten in der zweiten und entscheidenden Phase des Abenteuers nur die Befolgung ihrer eigenen Lockspitzelparole war.

Leiter der Politik des Spartakusbundes aber war schon damals derselbe Paul Levi, der in Heidelberg eingestand, das die Münchener Erhebung Lockspitzelwerk war, und daß durch seine Hände unkontrolliert viele Millionen gehen, während er sich weigerte, über die Herkunft und die Verwendung dieser gewaltigen Summen vor der Partei Rechenschaft abzulegen, und sei es auch nur in groben Umrissen. Während er eingestand, daß sich in der Programmkommission des Spartakusbundes nicht weniger als drei Spitzel befanden und daß der Rote Soldatenbund zuletzt bis zu sechzig vom Hundert mit Provokateuren durchsetzt war, bewirkt er die Festlegung des Spartakusbundes auf jene von ihm vorgelegten Richtlinien, die, von Radek eingeblasen, eine Kopie der bolschewistischen Taktik in der Kerenski-Periode darstellen, und die, kritikalos auf die Kulturländer des Westens übertragen, inzwischen zum Evangelium der sogenannten dritten Internationale geworden sind.

Im Oktober 1919 erfolgte in Heidelberg die Sprengung der alten kommunistischen Partei Deutschlands. Sie wurde dadurch herbeigeführt, daß wir einmal grundsätzlich die Festlegung auf Parlamentarismus, Putzschismus und Bürgerkrieg ablehnten, und zudem Auskunft über Herkunft und Verbleib der vielen Millionen von Geldern verlangten, die nach eigenem Geständnis des Herrn Paul Levi durch seine Finger gegliedert waren, ohne daß er sich bemüht hätte, hierüber irgendwie Rechenschaft abzulegen. Die Mehrheit, die auf jener Konferenz Herr Paul Levi um seine Leitzüge sammelte, war zwar eine Mehrheit von Einzelpersonen — Delegierte und Zentralkomiteemitglieder — die Mehrheit innerhalb der Organisationen aber stand nicht auf dem Standpunkt der Politik der Zentrale, die durch Herrn Paul Levi politisch repräsentiert war. Die Folge war, daß nach der Sprengung

der Partei in Heidelberg die Gruppe der Zentrale ein kleines Grüppchen von Führern blieb, bis es der bolschewistischen Politik von Moskau aus gelang, die USP. zu spalten, um durch die Unterfesselung eines Teiles der Massen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unter die Führung der Leitzentrale die sogenannte VKPD. auf die Beine zu stellen.

Während des Rapputsches befand sich Herr Levi zwar in Schutzhaft, doch war ihm, genau wie f. B. Herrn Radek, gestattet, mit politischen Persönlichkeiten Verkehr zu pflegen, so viel er wollte. Welcher Art dieser Verkehr war, ergibt sich daraus, daß die von ihm geleitete Rote Fahne ihre innigen Beziehungen zu dem englischen Lockspitzel Trebitsch Lincoln, der im Rapputsch die englischen Interessen vertrat, förmlich zugab. Hierüber findet sich in Nr. 56 der kommunistischen Arbeiterzeitung zu Hamburg vom 24. April 1920 die folgende Darstellung:

Das System Levi.

Paul Levi ist ein Winkeladvokat aus Frankfurt, der eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Korruptionierung der deutschen Revolution und zur Finanzierung des Bürgerkrieges gegründet hat. Nachdem seine Uferrolle in der revolutionären Bewegung Deutschlands erkannt, und er vor der Parteipublizität als ein Subjekt gekennzeichnet worden ist, daß sich Millionenbeträge aus irgendwelchen Quellen zu verschaffen weiß, um diese ungeheuren Mittel zu unkontrollierten und unkontrollierbaren Zwecken zu verwenden, hat er versucht, die Spuren seiner bisherigen Tätigkeit zu verwischen. Der Organisator des Bürgerkrieges firmiert heute als Beschützer Deutschlands vor nationalsozialistischem und „nationalkommunistischem“ Putzschismus. Er arbeitet zu diesem Zwecke zusammen mit dem ungarischen National-Juden Trebitsch-Lincoln, den nach der Deutschen Tageszeitung nun auch das Berliner Tageblatt gekennzeichnet hat. Wir müssen Trebitsch-Lincoln als National-Juden bezeichnen, da das System Levi es fertig gebracht hat, die kommunistische Bewegung Deutschlands als nationalkommunistisch zu denunzieren. Da Levi sich als „Kommunist“ bezeichnet und Lincoln je nach der Konjunktur als Ungar oder Deutscher oder Engländer oder Amerikaner — vielleicht auch Russe? — sich von den für diese Zwecke in der Welt maßgebenden Stellen legitimieren läßt, stellen wir fest, daß die einzig mögliche Bezeichnung für die spartakistische Union der Levi-Trebitsche nationaljüdisch ist, womit dann in der Tat jene scharfe Trennungslinie aufgerichtet ist, nach der die Levis im Spartakusbund seit der Enthüllung der Ufer-Natur ihres Hauptlinges so inbrünstig verlangt haben.

Trebitsch-Lincoln ist das Haupt jener Bande von Quacksalbern und internationalen Gaunern, die mit englischem Gelde den Rapp-Putsch finanzierten, nachdem der Trebitsch-Lincoln eigens zum Zweck der Anstiftung dieses Putsches von der englischen Regierung nach Deutschland gesandt worden war, von wo er zunächst mit Amerongen Fühlung nahm. In der Rapp-Regierung hatte er dann die Funktion des obersten Pressenzensors zur Knebelung der deutschen Presse. Dieser notorische Lump, der sich noch heute in Berliner Luxushotels herumtreibt — unter dem Schutze der Reichsregierung — ist ein gewerbsmäßiger englischer Spion der Kriegszeit, der, weil ihm das Spionagesgeschäft noch nicht einträglich genug erschien, sich auf Wechselfälschung verlegte. Um sich der Strafe zu entziehen, hat er in den Ländern der Entente mehrfach Angestellte des deutschen Nachrichtendienstes dem Henker überliefert. Trotzdem haben ihn englische Richter zu einer längeren Zuchthausstrafe wegen seiner Wechselfälschungen verurteilt, und er hat diese Strafe auch abtun müssen.

In den gleichen Tagen, in denen die kommunistische Arbeiterzeitung in Hamburg die Tätigkeit dieses internationalen Obergäuners und Lockspitzels festmagelte, hat Paul Levi in Berlin die Verbindung seiner Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Korruptionierung der deutschen Revolution und zur Finanzierung des Bürgerkrieges mit dem Trebitsch-Lincoln-Konzern vollzogen. In Nr. 53 der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan des Spartakusbundes, kündigt er die vollzogene Verbindung und das Programm der verschmolzenen internationalen Lockspitzelgesellschaft mit den folgenden Sätzen an:

„Aus einer Quelle, an deren Zuverlässigkeit kein Zweifel besteht, erhalten wir folgende Nachricht: Trebitsch-Lincoln, der eigentliche politische Leiter des Ludendorff-Bauer-Konzerns und Presseschef unter Rapp-Lüttwitz, äußerte unserem Gewährsmann, einer außerhalb aller Parteien stehenden Persönlichkeit, folgendes: Die Kreise, die sich auf die Reichswehr stützen, hätten bei dem Lüttwitz-Putsch einen großen Teil ihrer Sympathien unter den mittleren Schichten, auch der Beamten usw., verloren. Es gelte, diese Sympathien wieder zu gewinnen. Das könne nur geschehen, wenn über Berlin vier oder sechs Wochen lang der „rote Schrecken“ herrsche und dann die Soldateska Berlin wieder „befreie“. Um diesen „roten Schrecken“ hervorzurufen, gelte es, die Arbeiterschaft zu einem Putsch zu provozieren und ihr Waffen zu liefern. Auf die Frage, ob die Arbeiterschaft sich in dieser Weise werde provozieren lassen, erklärte Trebitsch-Lincoln:

Man habe bereits in dieser Richtung Erfolge gehabt, die „Kommunistische Arbeiterpartei“ sei zum Losschlagen bereit. Man habe mit ihr darüber bereits verhandelt. Trebitsch-Lincoln erklärte sich bereit, unserm Gewährsmann eine Unterredung mit dem Obersten Bauer zu vermitteln, der diese Auffassung bestätigen würde. Oberst Bauer war nämlich jedenfalls noch bis Donnerstagabend in Berlin. Daß diese Nachricht richtig ist, kann nicht bezweifelt werden; sie entspricht sowohl den politischen Gedanken der Soldateska, wie denen der sogenannten „Arbeiterpartei“.

Aus dieser Publikation der „Roten Fahne“ geht folgendes hervor: Der Trebitsch hat bei den Militärs um Oberst Bauer abgewirtschaftet und sucht sich an ihnen zu rächen, indem er sie denunziert und Zusammenhänge erfindet, die diese Militärs in ihren Anhängerkreisen aufs schwerste kompromittieren sollen. Der Levi ist in der revolutionären Bewegung Deutschlands unmöglich geworden und sucht neue finanzielle Rückenbedeckung durch den Trebitsch-Kongern. Zugleich verfolgt er aus durchsichtigen Gründen die kommunistische Arbeiterpartei, die er als „national-kommunistisch“ verachtet, mit wütendem Haß. Wie Bauer in seinen Kreisen. So soll die kommunistische Arbeiterpartei vor der deutschen Arbeiterklasse kompromittiert werden. Zugleich wird Reichsanwalt und Generalstab darauf hingewiesen, daß die verhasste kommunistische Arbeiterpartei jene Politik treibe, die bisher im Spartakusbund der Levi mit seinen unbeschränkten und unkontrollierbaren Geldern angeführt hat, und um deren willen die reinliche Scheidung zwischen dem Kommunismus und dem Spartakismus in Deutschland erfolgen mußte. Vollendet wird diese spartakistische Politik der internationalen Gauner Trebitsch-Levi durch die sinnvolle Erfindung, wir hätten mit dem General von Lettow-Vorbeck, „dem Mörder unserer Parteigenossen“, Verhandlungen gepflogen. Wir konstatieren: Die Trebitsch-Lincoln, die bezahlten Lockspiegel Englands, verschmelzen sich mit den Levis, den bezahlten Lockspiegeln Deutschlands zu einer Arbeitsgemeinschaft. Sie lügen den Arbeitern vor, daß wir mit den Militärs verhandeln und den Militärs, daß wir nur darauf warten, ihnen die Gelegenheit zu geben, bewaffnet über den kommunistischen Teil der deutschen Arbeiterklasse herzufallen im höheren Interesse und zur höheren Ehre der internationalen Levi-Trebitsch-Lincoln-Gemeinde.

Nun wohl: Wir haben noch nie das Vergnügen gehabt, mit dem General von Lettow-Vorbeck uns über die Politik der Gegenwart auseinanderzusetzen zu können. Dagegen haben

wir selbstverständlich die wenigen uns gebotenen Gelegenheiten benutzt, in Vorträgen auch vor militärischem Publikum die kommunistischen Ideen zu entwickeln. Wir haben in diesen Vorträgen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Forderung nach der Bewaffnung der Arbeiterklasse gleichbedeutend ist mit der Forderung der Entwaffnung der Reichswehr. Daß die zu schaffende Rote Armee unter der Kontrolle proletarischer Organe aus betriebsweiser Rekrutierung hervorgehen müsse, ist gleichfalls deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die selbstverständliche Tatsache, daß die Bewaffnung des ganzen deutschen Proletariats gleichbedeutend ist mit der Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzung mit dem anglo-amerikanischen Finanzkapital und dem französischen Degen, bedurfte vor der militärischen Zuhörererschaft keiner besonderen Erläuterung. Zu „Verhandlungen“ lag somit kein Anlaß vor. Und da wir der Meinung sind, daß der Sieg der deutschen Revolution erkämpft werden muß und weder erschachert werden kann noch verschachert werden darf, werden wir auch in der Zukunft keine Möglichkeit sehen, mit irgend welchen militärischen Behörden und Dienststellen in „Verhandlungen“ irgend welcher Art einzutreten.

Aber eben deshalb, und weil wir wissen, daß die Generale unsere Gegner sind und so lange unsere Gegner bleiben werden, bis sich trotz ihrer Gegnerschaft die Revolution vollendet haben wird, sind wir berechtigt, zu konstatieren, daß das Geklaff und Gekeife der internationalen Affenpinscher Trebitsch und Levi gegen uns und gegen die Generale genau die gleiche Bedeutung hat, als wenn andere Köter den Mond anbellten.

In unserer Schrift „Moskau und die Deutsche Revolution“ waren eben diese Zusammenhänge dargestellt und anschließend gegenüber der Rückenbedeckung, die Herr Levi noch immer von Moskau her genos, bemerkt:

Zu den politischen Selbstverständlichkeiten eines kultivierten Landes gehört es, daß die Männer, welche an der Spitze des Staates stehen, und welche die Aufgabe haben, das Volk zu repräsentieren, jede Berührung mit einem Menschen ablehnen, dem in voller Öffentlichkeit und unter Hinweis auf Tatsachen Vorwürfe der gekennzeichneten Art gemacht werden konnten. Zum mindesten durfte erwartet werden, daß die Staatsweisen von Moskau ihm die Verpflichtung auferlegten, sich von den erhobenen Anschuldigungen öffentlich zu reinigen. Statt dessen erleben wir, daß Paul Levi in Moskau als der Repräsentant der deutschen Revolution empfan-

gen und als Vertreter Deutschlands in die Exekutive der sogenannten dritten Internationale aufgenommen wurde, und daß im übrigen die Staatsweisen von Moskau sich mit neuen Anweisungen an den Spartakusbund über seine in der Zukunft einzuhaltende Politik begnügten.

Die Moskauer Staatsweisen versuchen nur die Tatsache zu verschleiern, daß sie mit keiner Silbe auf die Paul Levi gemachten schweren Vorwürfe einzugehen wagen. Diesen Mann, der als Judas und Afer der deutschen Revolution, als internationaler Lockspiegel, als Agent des Finanzkapitals, als Organisator des Bürgerkrieges, als Bundesgenosse des englischen Spions Trebitsch-Lincoln und der hinter diesem stehenden Ludendorffclique in Wort und Schrift öffentlich gebandmarkt worden, nimmt das Moskauer Exekutivkomitee nicht allein unter die schützenden Fittiche einer Internationale, die sich kommunistisch nennt, diesen Mann bestellt es schon jetzt zum Diktator über Deutschland am Tage nach der Revolution, um nach vollzogenem zentralistischen Landesanschluß als russischer Satrap den neuen Randstaat zu verwalten. Es wäre unbillig, von einer Politik, welche die Erbschaft des Parisismus antrat, mehr Sauberkeit zu erwarten, als sie ihrer ganzen Zuständigkeit nach aufbringen kann. Wenn aber die Arbeitsgemeinschaft mit einer Person, die unbestreitbar Tatsachen halber einer Kennzeichnung verfallen wie Paul Levi, in der ganzen Welt als eine Ungeheuerlichkeit gilt, woher dann diese selbst für das moskowitzische Milieu ungewöhnliche Außerachtlassung der primitivsten Selbstverständlichkeiten der politischen Haltung und Führung? Diese Frage drängt sich um so mehr auf, als Karl Radek, unter dessen Verantwortung und auf dessen Betreiben das Moskauer Exekutivkomitee jene Beschlüsse gefaßt hat, zwar auf Reinlichkeit keine großen Stücke hält, aber doch genügend politischen Schieberinstinkt besitzt, um sich nicht unnötig zu kompromittieren.

Da die spartakistische Staatsorganisation, die Zentralisierung der Wirtschaftsmittel eines Landes unter der Despotie eines kleinen Ringes, den Bedürfnissen des internationalen Finanzkapitals entgegen kommt, muß der Zeitpunkt eintreten, wo beide sich einandern zu nähern beginnen. Dies geschieht, sobald sich heraus gestellt hat, daß der Bolschewismus keine kommunistische Gesellschaft anzubahnen vermag, und sobald die Gegensätze im Völkerbunde sich aufs neue gefährdend zuspitzen, wie es zwischen England und Amerika auf der einen, Japan und Frankreich auf der anderen Seite der Fall ist und von dem Tage an sich voraussehen ließ, als Frankreich

sich der Verwirklichung des Völkerbundes im englisch-amerikanischen Sinne widersetzte. Die auf Verständigung zwischen dem Bolschewismus und dem internationalen Finanzkapital gerichtete Tendenz wurde von Radek demüßigt aufgenommen. Er ist der eigentliche Träger jener Politik, die auf den Ausgleich der russischen Revolution mit dem englischen Imperialismus in der Form des „modus vivendi“ hinausläuft, Bestrebungen, die für Deutschland ihre Ergänzung fanden in der Politik, die unter der Hegelie des Trebitsch-Lincoln die Rapp-Littwitz und Ludendorff durchzuführen versuchten, wie denn Radek während seiner Berliner Haft in Verbindung stand mit der Clique um Ludendorff, so daß er einen Vertreter des letzteren in seiner Zelle zum Zweck geheimer Botsprechungen empfing. Hätte diese Politik sich in Rußland und Deutschland in vollem Umfange durchsetzen können, so wäre die Aufrichtung des Völkerbundes im englisch-amerikanischen Sinne vollzogen gewesen. Daß aber in ihm nicht national englisches, sondern ganz anders geartetes Kapital als stärkster Exponent den politischen Ausschlag gegeben und die Richtung der ferneren Entwicklung bestimmt hätte, ist gewiß. Diese Hinweise machen es ohne weiteres verständlich, weshalb Radek in seinem Spiele nicht jene Figur mißsen will und kann, in der sich in dem für die Weiterführung der Revolution ausschlaggebenden Lande die Interessen der russischen und der goldenen Internationale berühren und kreuzen.

Die bolschewistischen Gewalthaber in Moskau haben zwar zu dieser unserer Schrift in der Öffentlichkeit mit keinem Worte Stellung genommen. Raum aber war sie in Moskau bekannt geworden, als die Schwenkung der russischen Politik zu Paul Levi erfolgte. Paul Levi fiel in Ungnade — eine italienische Parteistänkerei bildete den Vorwand, um gegen ihn Stellung zu nehmen, und Herr Levi sah sich nun seinerseits genötigt, seine Politik neu zu orientieren.

Nachdem ihm der russische Millionenjack entglitten, und seine politische Rückenbedeckung durch Moskau verschwunden war, bestand für ihn keine Möglichkeit mehr, seine Ziele in Deutschland mit den bisherigen Methoden zu verfolgen. Die Männer, die an seine Stelle getreten und mit seinen eigenen bisherigen Mitteln die bolschewistische Politik in Deutschland durchzusetzen bestrbt waren, waren nun seine Feinde geworden. Die neue Politik Paul Levis mußte sich deshalb notwendig gegen jene Männer, gegen ihre Methoden, gegen

ihre Ziele richten. So erklärt sich die Stellung Paul Levis zum Märzputsch.

Der sogenannte Märzputsch war seinem Wesen nach nichts anderes als alle anderen vom Spartakusbunde unternommenen Aktionen seit Beginn der Revolution. Er war putschförmig, sichtlich nicht auf Grund des Willens der in ihn verwickelten Massen, sondern auf Grund der vollständig falschen und politisch unsinnigen Einstellung der Führer. Der bewußte Urheber dieser falschen Einstellung ist, wie aus der ganzen bisherigen Darstellung ersichtlich, der Frankfurter Advokat und Börsenagent Paul Levi. Hugo Eberlein, den er heute denunziert, hätte in der deutschen Revolution nie eine Rolle spielen können, wenn nicht durch den Willen Paul Levis, der sich mit Männern wie Eberlein umgab, weil er nicht glaubte, daß sie ihm einmal gefährlich werden könnten. Alle Vorgänge, die zur Erhebung in Mitteldeutschland führten, waren Paul Levi bekannt; er verschwand aus Deutschland und ging in den kritischen Tagen nach Italien, um nicht persönlich in eine Affäre verwickelt zu werden, die nicht mehr seinen eigenen persönlichen Interessen diene. Erst nachdem wir in Hamburg die spartakistische Drahtzieher, die eine ähnliche Erhebung in Hamburg zu inszenieren beabsichtigt waren, gekennzeichnet hatten, und nachdem der Zusammenbruch des Unternehmens in Mitteldeutschland gewiß war, erschien Paul Levi wieder auf der Bildfläche und erließ seine bekannte Philippika wider den Putschismus. Das führte zu seinem Hinauswurf aus der KPD, die sich heute wieder KPD nennt, und zur Aufforderung, sein Reichstagsmandat niederzulegen, an die ein Mann von seinen Qualitäten sich natürlich nicht zu kehren brauchte, vielleicht in der richtigen Erkenntnis, daß er für den heutigen sogenannten Deutschen Reichstag ein notwendiges und würdiges Möbelstück ist. Gegen seine damaligen demagogischen Versuche, seine eigenen heroischen Taten zu bemängeln, veröffentlichten wir in der sozialdemokratischen Presse den folgenden Artikel, den der Vorwärts am 4. Juni 1921 an leitender Stelle zum Abdruck brachte, und zu dem das Hamburger Echo, wie eingangs erwähnt, bemerkte, daß er für Paul Levi eine moralische Hinrichtung bedeute.

Wer wollte den Januarputsch?

Faßt die gesamte Arbeiterpresse Deutschlands greift Behauptungen auf, die Dr. Paul Levi nach seinem Ausschluß aus der KPD der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Levi versucht den Anschein zu erwecken, als ob die Erhebung eines Teiles der Berliner Arbeiterschaft im Ja-

nuar 1919 gegen die damals bestehende Regierung auf die Politik Karl Liebknechts zurückzuführen sei, während Levi gemeinsam mit Rosa Luxemburg und Leo Jogiches die heftigsten Gegner der Taktik Liebknechts gewesen seien. Er behauptet nach dem in „Vorwärts“ veröffentlichten Auszug das Folgende:

Und, Genosse Meyer, Sie waren, glaube ich, nicht mehr zugegen, aber ich denke, Genosse Pieck war bei jener Sitzung in der Puttkamerstraße, als wir mit Karl Liebknechts Haltung in Widerspruch kamen! Sie erinnern sich, wie Karl Liebknecht widerpenstig war, und Sie erinnern sich, wie Leo Jogiches damals es war, der den Vorschlag machte, noch jetzt, während der Aktion, eine scharfe Erklärung in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen, die von Karl Liebknecht ganz deutlich abrückte, die einfach erklären sollte: Karl Liebknecht vertritt den Spartakusbund nicht mehr bei den revolutionären Obleuten. Sie wissen genau, wie ablehnend Rosa Luxemburg dem Verhalten Karls gegenüberstand, und wissen, wie scharf ihre Kritik war. . . .

Und ich glaube, Genosse Pieck, Sie werden es auch wissen, daß die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht, so scharf lehnte sie damals sein Verhalten ab. . . .

Paul Levi ist vorsichtig. Er beruft sich auf drei Zeugen, die tot sind, und zwei, von denen ihm selbst zweifelhaft erscheint, ob sie dabei waren. Seine Gedächtnisschwäche ist so stark entwickelt, daß er sogar die Puttkamer- mit der Anhaltstraße verwechselt.

Aus einer genaueren Kenntnis der damaligen Situation erklären wir:

Nicht nur Rosa Luxemburg, sondern auch Karl Liebknecht war ein Gegner der Januar-Erhebung. Die einfache Feststellung der Tatsache, daß beide für die Beteiligung der kommunistischen Partei an den Januar-Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung eintraten, beweist, daß sie nicht zur gleichen Zeit einen bewaffneten Aufstand gegen die provisorische Regierung und damit gegen den Zusammentritt der Nationalversammlung vorbereiten konnten. Karl Liebknecht ist grundsätzlich am 9. November bereit gewesen, in die provisorische Regierung einzutreten und hat sich durch den Widerspruch von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches beeinflussen lassen, seine ursprüngliche Zusage zurückzuziehen. Die Januar-Erhebung, die sich gegen die Amtsenthebung des damaligen Berliner Polizeipräsidenten, des Unabhängigen Eichhorn, war in ihrer Entstehung nicht eine Sache der Kommunisten, sondern eine Parteiangelegenheit der Unabhängi-

gen, mit denen mit kurzer Zeit vorher ohne das Zutun Karl Liebknechts, aber im Einklang mit den Forderungen Rosa Luxemburgs und Leos Jogiches' der Spartakusbund organisatorisch verbunden gewesen war.

Eine bewaffnete Erhebung in jener Situation, gleichgültig aus welchem Anlaß sie entstand, richtete sich in ihrer Wirkung zwangsläufig gegen die bestehende Regierung. Wenn Karl Liebknecht, nachdem er wider seinen Willen in diese Erhebung hineingerissen war, ihr den einzig möglichen konkreten politischen Inhalt zu geben versuchte, so tat er daselbe, was Rosa Luxemburg und Leo Jogiches auch taten und handelte damit nach dem Grundsatz Lassalles: aussprechen, was ist.

Ob und wie weit taktische Differenzen in der Bewertung der jeweiligen Tagesituation zwischen den drei führenden Persönlichkeiten bestanden, ist für ihre allgemein-politische und theoretische Einstellung völlig belanglos. Man mag die bei ihnen bestehende politische und theoretische Einstellung grundsätzlich ablehnen, wie wir es taten, an der Tatsache, daß Karl Liebknecht, genau wie die anderen, eine zwar falsche, aber klare politische Richtlinie verfolgte, kann für keinen Beurteiler, der nicht persönliche Sonderzwecke verfolgt, der geringste Zweifel bestehen.

Wenn aber feststeht, daß die drei offenen Führer der damaligen KPD in Berlin Gegner der Januar-Erhebung waren, wer sorgte dann hinter den Kulissen dafür, daß die Berliner Kommunisten zwangsläufig in die USP-Katastrophe hineingerissen wurden? Und wer hat dann im Einklang mit dieser Taktik dafür gesorgt, daß die Kommunisten in München, wiederum gegen den Willen und die Einsicht der örtlichen Führer, in die Leitung des von vornherein zum Zusammenbruch verurteilten Räteeperiments hineingetrieben wurden? Damals war Karl Liebknecht eben, so tot wie Rosa Luxemburg und Leo Jogiches — der lebende Erbe aber dreier toter Führer war Dr. Paul Levi!

Dr. Paul Levi übernahm die Erbschaft nicht ohne die intimste Kenntnis der nun offen von ihm zu verwaltenden Erbschaftsmasse. Er war es, der unmittelbar vor der Revolution jene verkommenen Gewalthaufen zu schaffen begonnen hatte, die als „Roter Soldatenbund“ nach seinem eigenen späteren Eingeständnis bis zu 60 Proz. von Lockspiegeln durchsetzt waren. Karl Liebknecht saß im Zuchthaus, Rosa Luxemburg im Gefängnis, Leo Jogiches in Schutzhaft, als Paul Levi gegen den einmütigen Willen aller revolutionären Gruppen seinen berüchtigten Aufruf zur Massendefektion an die Front versandte, in welchem den Herren Deserturen angekündigt wurde, in der

Heimat „würde für sie gesorgt“. Nur die Zusammenfassung und Finanzierung seiner Lumpengarde hat das Abgleiten der Revolution in den bewaffneten Kampf der Arbeiter widereinander und die kapitalistische Restauration ermöglicht.

Was bezweckt dieser Mann mit seinen plüschlichen Entdeckungen? Er wittert das Kommen der „reinsozialistischen Regierung“ — und wünscht dabei zu sein. Es ist nicht unseres Amtes, den parlamentarischen Arbeiterparteien Ratsschlüge zu erteilen. Langjährige Führer der deutschen Arbeiterbewegung in diesen Parteien werden selber wissen, wie sie einen Menschen vom Schlage des Dr. Paul Levi zu werten haben.

Hamburg, den 3. Juni 1921.

Geinrich Laufenberg. Fritz Wolffheim.

Der Vollständigkeit halber lassen wir noch eine Kennzeichnung folgen, die wir Paul Levi in der kommunistischen Arbeiterzeitung zu Hamburg am 8. September 1920 haben angedeihen lassen, als er sich unterfang, vor Hamburger Arbeitern zu sprechen:

Paul Levi.

Am Montag wird Hamburg das zweifelhafte Bergnügen haben, Paul Levi, den Triumphator zweier Internationalen zu beherbergen. Der große Mann kommt über Berlin aus Moskau mit dem Auftrage, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei zu sprengen, den revolutionären Teil ihrer Massen dem Parteiapparat des Spartakusbundes einzugliedern und sie nach Aufhebung ihrer unfähigen und „konterrevolutionären“ Führer der fähigen und revolutionären Leitung der geschäftstüchtigen Paschas der sogenannten dritten Internationale zu unterstellen. Die Wirkung dieser „Umgruppierung“ soll darin bestehen, daß das selbständige revolutionäre Drängen der Massen, daß innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei schon recht häufig zum Ausdruck gelangte, eingedämmt und die revolutionäre Mitgliedschaft der USP. unter die Diktatur jenes Klüngels spartakistischer Politikanten gebracht wird, der die deutsche Arbeiterklasse für noch nicht reif zur Eroberung der Macht hält.

Paul Levi ist vor einigen Monaten schon einmal in Hamburg gewesen. Er gab damals sein Gastspiel im Gewerkschaftshaus, wo er durch seine advokatorischen Tiraden die Zuhörerschaft solange anbdete, bis diese ihn, nachdem sie ihn fast drei Stunden lang ertragen hatte, zum Abtritt zwang. Als nun die angekündigte freie Aussprache beginnen sollte, von der Paul Levi mußte, daß in ihr ihm ins Gesicht die Vorwürfe geschleudert werden sollten, die schon vorher in Wort und Schrift wider ihn erhoben waren, verschwand Paul Levi aus dem Saale, wiewohl er

vorher erklärt hätte, daß der Zweck seines Kommens darin bestünde, die Vorwürfe zu hören und zu entkräften.

Essentiell ist Paul Levi mehrfach als der Judas und Afler der deutschen Revolution bezeichnet worden. Er ist ein Lockspiegel genannt, der während der Kriegszeit mit Geldern der Entente die Geschäfte des internationalen Finanzkapitals besorgte, indem er zwar nicht die deutsche Revolution, wohl aber die Niederlage Deutschlands im Interesse des Völkerbundes herbeizuführen bestrebt war. Dieser Politik diente auch sein Oktoberaufruf von 1918 an das Heer, in welchem er gegen den einmütigen Beschluß aller revolutionären Gruppen im Lande im Namen der Revolution zu Massen desertionen aufrief, und zwar in einem Augenblick, in dem er wußte, daß die revolutionäre Erhebung in Volk und Heer unmittelbar bevorstand.

Als die Revolution eintrat, und mit der Zerschmetterung der Militärdiktatur der deutschen Arbeiterklasse die politische Macht im Lande zugefallen war, als ihre Aufgabe darin bestand, die revolutionäre Macht in Volk und Heer zu konsolidieren, da ist es Paul Levi gewesen, der durch die Zusammenfassung der Deserteure und die Bildung des „Roten Soldatenbundes“ eine spartakistische Parteigarde schuf, neben der auch die revolutionären Teile des alten Heeres als konterrevolutionäre Formationen erscheinen mußten. Durch diese Methode der Zerlegung des Revolutionierungsprozesses ist eine Situation entstanden, aus der mit Notwendigkeit die Schaffung weißer Garben zunächst gegen den roten Soldatenbund, dann aber gegen die ganze revolutionäre Arbeiterklasse hervorging, aus der der konterrevolutionäre Bürgerkrieg gegen die siegreiche Revolution mit unabweisbarer Notwendigkeit sich ergab. Der Organisator des Bürgerkrieges und sein Berherrlicher ist Paul Levi seit jenen Tagen geblieben. Er hat den Bürgerkrieg zum revolutionären Prinzip erhoben, er hat in Moskau den Beschluß durchgesetzt, daß die revolutionäre Taktik in Deutschland auf die Herbeiführung des Bürgerkrieges grundföchtig und dauernd einzustellen sei.

In dem Bestreben, unter allen Umständen in Deutschland den Bürgerkrieg immer aufs Neue zu entfachen, traf er sich mit einem Menschen, der eigens zu diesem Zwecke von der englischen Regierung nach Deutschland entsandt worden war, mit dem englischen Lockspiegel Trebitsch-Piccoln. Mit ihm hat nach eigenem Geständnis unmittelbar nach dem Kapp-Putsch Paul Levi zusammengearbeitet, um durch gemeinschaftliche Verleumdung eine Kompromittierung desjenigen Fölgels der deutschen Revolution herbei zu führen, der

seiner Politik von Anfang an im Wege stand. Von diesem Klöngel geht das Schlagwort Nationalsozialismus aus, das zuerst von Lewis Einbläser Radek geprägt zu einem Popanz gemacht wurde, um in der deutschen Arbeiterklasse die eigene Orientierung zu verhindern, und die deutsche Revolution endgöutig an das internationale Finanzkapital und seine Agenten in Frankfurt, Genf, Paris, London und Moskau auszuliefern.

Diese Feststellungen, sowie der Nachweis, daß Dhul Levi es abgelehnt hat, selbst vor der Mitgliedschaft des damals noch nicht gespaltenen Spartakusbundes Rechenschaft abzulegen über die Herkunft und Verwendung der vielen Millionen, die nach seinem eigenen Geständnis unkontrolliert durch seine Finger gleiten, sind jene Vorwürfe, die schon früher wiederholt öffentlich gegen dieses Subjekt erhoben wurden, ohne daß Paul Levi auch nur den leinsten Versuch unternommen hätte, sich zu rechtfertigen. Trotzdem kann dieser Mann als Abgeordneter im Deutschen Reichstag für sich Jamunität in Anspruch nehmen, für alle Schurkenreiche, durch die er in Zukunft versuchen mag, Arbeitermassen vor die Maschinengewehre zu treiben, während er, der Leiter des „Generalstabes“, der Maschinist am straff zentralisierten, auf strikteste Disziplin gegründeten Parteiapparates, in irgendeiner Kellerruke wartet, bis nach wiederholter zweckloser Zerfleischung der Massen doch einmal der Augenblick gekommen ist, wo es an der Zeit erscheint, daß er den ihm von der Entente referierten und von Moskau bereits bestätigten Sessel des Reichsverweisers besteigt. Die Ueberführung der revolutionären Massen der USB. in den spartakistischen Parteiapparat und ihre Eingliederung in die Verschwöreramaschinerie dieses Klöngels dient dem Zweck, der deutschen Revolution das Rückdrat zu brechen und die deutschen Arbeitermassen in gezogene Drahtpuppen dieses Lockspiegels und Zuhälters des internationalen Finanzkapitals zu verwandeln.

Der Völkerbund kann nie mit solcher Sicherheit auf die prompte Erfüllung der in Versailles und Spaa der deutschen Arbeiterklasse auferlegten Verpflichtungen rechnen, als wenn Paul Levi durch seinen Parteiapparat das deutsche Proletariat unterdrückt und beherrscht.

Mit diesen Darlegungen ist die Rolle des Afler der deutschen Revolution noch nicht erschöpfend dargestellt. Insbesondere fehlt noch eine nähere Untersuchung des interessanten Kriegszirkels Frankfurt, Genf, Paris, und der Tötigkeit des Levi vor und während der Münchener

Rätepagode. Aber was hier gesagt ist, genöigt vollkommen, um die ganze Unverfrorenheit eines Menschen erkennen zu lassen, der sich erdreistet, in Hamburg öffentlich aufzutreten, obwohl er weiß, daß seine Taten hier der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben sind. Das Auftreten dieses Lockspiegels wird nur verständlich durch den Rückhalt, den er noch immer an Moskau findet, weil einem Teile der dortigen Machthaber seine Politik genehm ist, und weil den anderen die Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge fern gehalten wird, die die pazifistische Drahtzieherei der Agenten des internationalen Finanzkapitals in Moskau stören könnten. Für einen Teil der Parteipolitiker aller Parteien aber genöigt es, daß dieser Mann als „Pazifist“ posiert, um sie übersehen zu lassen, daß sein Pazifismus auf die Taktik hinausläuft, die deutsche Revolution im Blute der sich selbst zerfleischenden werktätigen Massen aller Schichten zu erlösen. Und wenn auch die edlen Männer um das „Echo“ herum gegen einen Wilhelm Herzog vom Leder ziehen, der dem Instanzenklöngel seiner Partei zur Zeit unbedeuten genug erscheint, um diesen zu veranlassen, unkontrollierbare Behauptungen über ihn auszustreuen — gegen Paul Levi Stellung zu nehmen, dazu langt weder ihr Anstand, noch ihre Kurage.

Dieser Mann ist von symptomatischer Bedeutung für das verwerfende Deutschland der Schieber und Gauner mit seiner demokratisch-parlamentarischen Parteiherrlichkeit. Es ist die läppigste Gipfblüte auf dem Mistbeet des verfaulenden Kapitalismus und deshalb in der Tat die geeignetste Persönlichkeit für eine despotische Parteidiktatur, durch die, wenn die nationale Wirtschaft zusammenbricht, das internationale Finanzkapital einen letzten Versuch unternehmen kann, das Aufblöhen neuer Kräfte aus den Ruinen zu verhindern.

Wir möchten den salomonischen Tiraden dieses Triumphators zweier Internationalen, der mit der proletarisch-revolutionären Geste den Geldsack der goldenen Internationale zu verfühnen weiß, nicht dadurch Abbruch zu tun, daß wir ihn durch unsere Anwesenheit daran hindern, sein ganzes übervolles Herz der Arbeiterchaft von Hamburg auszuschütten, und daß wir ihn veranlassen spornstreichs davon zu laufen, wenn, wie im Gewerkschaftshaus, die freie Aussprache beginnen soll.

Auf alle diese Stöupungen hat Paul Levi es ein einzigesmal versucht, eine Antwort zu erteilen. Zu klagen hat er nicht gewagt. Seine einzige Antwort bestand in den folgenden kümmerlichen paar Sätzen, die vom „Vorwärts“ am 17. Juni 1921 veröffentlicht wurden:

Unter der Ueberschrift „Wer wollte den Januarputsch?“ bringt der „Vorwärts“ eine Zuschrift von Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg, die im wesentlichen eine Polemik gegen mich enthält. Der „Vorwärts“ ist loyal genug, auch mir zur „Aufklärung der geschichtlichen Tatbestände“ das Wort zu geben:

Was ich zum Januaraufstand von 1919 zu sagen habe, ist im wesentlichen in einem längeren Artikel gesagt, der am 12. Januar 1920 in der „Roten Fahne“ gedruckt wurde, zufälligerweise am Tage jener Schieberei vor dem Reichstagsgebäude. Und wiederum zufälligerweise ist diese Nummer der „Roten Fahne“ von Gustav Noske beschlagnahmt worden, was ihn freilich nicht gehindert hat, aus dieser von ihm beschlagnahmten Nummer eine Seite in seinem Buch „Von Kiel bis Kapp“ abzudrucken. Uebrigens meines unbekannteren Trachtens die einzig lesbare Seite in jenem Buch. Vielleicht aber sieht sich der „Vorwärts“ veranlaßt, zur Aufklärung der geschichtlichen Tatbestände jene Verdunkelung seines Parteigenossen Noske zu beseitigen.

Der übergroße Teil der Ausführungen von Wolffheim und Laufenberg gilt übrigens nicht den Januarvorgängen, sondern meiner Person. Ich verzichte auf eine Erwiderung, da ich glaube, daß die Phantasien von Wolffheim-Laufenberg und die Gehirn, denen sie entspringen, niemals Gegenstand einer Wissenschaft — und jedenfalls nicht der geschichtlichen — sein werden.

Paul Levi.

Das ist der Mann und das ist sein Werk. Ist es zuviel behauptet, wenn man erklärt, daß dieser Mann mit diesem politischen Wirken nur in diesem Deutschland möglich ist? Denn trotzdem er in einer Weise moralisch und politisch gestäubt wurde, wie es nie vordem einer politischen Persönlichkeit passierte, befindet er sich nahe am Ziel. Die bürgerlich-sozialistische Koalition im Reiche steht vor der Pleite. Die auch heute noch durch ihre internationalen pazifistischen Beziehungen für die Reichspolitik entscheidende sozialdemokratische Partei verlangt nach wie vor die Erfüllung aller Diktate des imperialistischen Landesfeindes auf Kosten des deutschen Volkes. Die „reine Arbeiterregierung“, deren „kommunistischer“ Fölgel zu seinen Verbindungen mit der bolschewistischen Politik ja ohnehin auf die völlige Zertrümmerung Deutschlands hinarbeitet, bereitet sich vor. Karl Radek, der ausdrücklich eine Kriegsentfödigung von Deutschland an Rußland auf Grund des Friedens von Versailles verlangt, erteilt der kommunistischen Partei die Weisung, sich auf den Eintritt in eine parlamentarische Regierung

vorgubereiten. Inzwischen hat die sozialdemokratische Partei sich mit der Gruppe ausdrücklich solidarisiert. Der erste „Kommunist“, der

Anwartschaft hat, in eine parlamentarische Regierung einzutreten, ist somit Paul Levi. Er steht vor seinem Ziel.

Notizen.

Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus, e. V., Sitz Hamburg. In der letzten Mitgliederversammlung der Vereinigung, die am 27. November 1921 stattfand, wurde einstimmig beschlossen, in Zukunft keine Mitgliederversammlungen mehr abzuhalten, sondern die Vereinigung in Arbeitsgemeinschaften zu organisieren.

In jedem Monat einmal werden alle Arbeitsgemeinschaften gemeinsam tagen, und zwar im Frei-Deutschen Hause, Johns Allee 54, wo für diesen Zweck ein Raum zur Verfügung gestellt wird. Das Datum dieser Zusammenkünfte wird bekannt gegeben. Die endgültige Konstituierung der Arbeitsgemeinschaften erfolgt in der Generalversammlung der Vereinigung, die im Januar stattfindet.

Die notwendigen Vorarbeiten wurden dem Vorstand übertragen. Er erhielt den Auftrag, mit allen Gruppen, Organisationen und Gemeinschaften im Lande, die für die Zusammenarbeit mit uns in Frage kommen,

die Fühlung aufzunehmen und über das Ergebnis in der Generalversammlung zu berichten.

Kongress der christlichen Revolutionäre. Vom 27.—30. Dezember tagt in Erfurt der Kongress der christlich-revolutionären Bewegung, auf welcher Aussprachen über: Marx und Krapothin, sowie Marx und Silvio Gesell stattfinden wird. Als Vertreter unserer Organisationen und zwar: des Bundes der Kommunisten, der Freien Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus und der Sturmvolk-Organisation wird Dr. Heinrich Laufenberg an den Verhandlungen teilnehmen.

Bund der Kommunisten in Hamburg. Der Bund ist die Vereinigung derjenigen revolutionären Arbeiter, die grundsätzlich mit dem Parteidewesen gebrochen haben und die Identität der nationalen und sozialen Revolution für Deutschland anerkennen.

Seine Mitgliederversammlungen finden an jedem ersten Montag des Monats bei Planeth in der Michalisstraße statt.

Freunde, werbt für den Volkswart!

Zahlungen für den „Hamburger Volkswart“ werden erbeten unter „Hamburger Kulturverlag“
Postcheckkonto 59871 Hamburg.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heim. Laufenberg, Altrahsfeld.
Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 20, Andreasbänken 9.
Druck: Heim. Koch, Glückstadt.